

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Dr. Wäckerle, Postfach 6. Fernsprechnummer: Nr. 24605, 24607, 26005. Persönliche Anstufung mittags von 10 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,20 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Arbeiter insbesondere 0,45 RM. Wochenpreis 2,10 RM., durch Postboten ausschließlich 2,50 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 RM. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Anzeigen- und 80 Pf. im Beilagenblatt der 24. Nummer. Hauptverlag: Dr. Wäckerle, Postfach 6. Fernruf 24605, 24607, 26005. Postfachkonto 20319 Erfurt.

Das Treiben der „nationalen“ Harzburger Front gegen Hindenburg Wer wird Präsidentschafts-Kandidat?

Hindenburg, Fried oder Hitler?

In diesen Tagen wird sich entscheiden, ob sich Reichspräsident von Hindenburg bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl nochmals zur Wahl stellt oder nicht. Zahlreiche Namen vor allem aber außenpolitische Gründe sprechen für seine Wiederwahl. Kandidiert Herr von Hindenburg, dann wird er zweifellos mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Nazis und Deutschnationale sind im Augenblick eifrig dabei, Hindenburgs Wiederwahl unmöglich zu machen. Sie tragen deshalb auch schon seine Kandidatur zum Scheitern zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben in letzter Zeit zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten eine ganze Reihe von Verhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, daß die Parteileitung der Nazis am 2. Februar einen eigenen Kandidaten nominieren soll, und zwar entweder Hitler oder Fried.

Wahrscheinlich wird Fried aufgestellt, für den sich dann auch Hugenberg und somit die Deutschnationale Partei entscheiden wird.

Mit dieser Entscheidung Hugengbergs für Fried hofft man im Lager der Nazis und ihrer Verbündeten, die Kandidatur Hindenburgs durch dessen persönlichen Verzicht unmöglich gemacht zu haben. Man spekuliert dabei darauf, daß Hindenburg nicht gegen seine „einigen Wähler“ kandidieren dürfte. Abgesehen eine Spekulation, die ohne jeden Hintergrund ist. Ein großer Teil der Reichstages war vor sieben Jahren, als Hindenburg gewählt wurde, noch schupfisch, ein anderer Teil wählte damals als Kommunisten den kommunistischen Transportarbeiter Lehmann und von den deutschnationalen Wählern, die damals für Hindenburg stimmten, scharf sich heute ebenfalls nur noch ein Teil um Hugenberg.

Insoweit ist die Behauptung, daß Hindenburg für den Fall einer Kandidatur gegen die Nazis und die Deutschnationalen, gegen seine früheren Wähler kandidiert, eine Lüge.

Kein Zweifel, daß ihn Millionen und über Millionen seiner damaligen Wähler wiedergewählen würden und daß zu diesem Gros ebensojenseits Millionen stoßen würden, die damals aus

außen- und innenpolitischen Bedenken für einen anderen Kandidaten stimmten, deren Bedenken aber in der Zwischenzeit durch die Amtsführung des Reichspräsidenten von Hindenburg behoben worden sind.

Wie groß die Sympathien sind, die Hindenburg trotz der Intrigen der Nazis und Deutschnationalen nach wie vor im deutschen Volke genießt, dürfen in den nächsten Tagen zahlreiche Kundgebungen zeigen, an denen bekannte Persönlichkeiten aus allen Schichten ihrer Bevölkerung beteiligt sein werden. Mit Hindenburg ihren Äußerungen, nur weil Nazis und Hugenbergler in dieser Zeit der außenpolitischen Hochspannung ihre egoistischen Pläne wieder einmal über das Wohl der Befamtheit stellen?

Wer ist Fried?

Der Kandidat der Reaktion zur Reichspräsidentenwahl ist — wie gelangt aller Wahrscheinlichkeit nach Herr Fried. Wer ist das?

Herr Fried ist das Musterbild eines Feindes der Republik und ihrer Verfassung. Wegen aktiver Teilnahme am Hitler-Putsch im Jahre 1923 wurde er zu 1 Jahr 9 Monaten Festung verurteilt. Sein Gäh gegen die Verfassung hat seither nicht nachgelassen.

Herr Fried ist der typische Vertreter des Untertages in der NSDAP. Am 27. Januar 1928 hielt Fried im Reichstag eine Rede zugunsten der Femeinwörter. Er verlangte eine Amnestie für die Rathenau- und Erzberger-Wörter. Dabei führte er aus:

„Die Schuld der Schulz und Tilsen liegt federleicht gegenüber den indolentesten Verbrechen, die die Erzberger und Genossen gegen das deutsche Volk begangen haben.“

Er beschimpfte weiter den ermordeten Erzberger, den ermordeten Rathenau und verlangte beim Anzuge gegen Landesherrn und Volksverräter gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller, Scheidemann und Töbe. Zum Schluß beschimpfte er die Republik, die er ein jämmerliches, auf Einbein und Hochverrat aufgebautes Gebilde nannte.

„Hindenburg-Ausschuß“

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt an der Arbeit

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Dr. Sahn, ist seit mehreren Tagen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des gegenwärtigen Reichspräsidenten, H. Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungsschichten in enger Fühlung stehen. Dr. Sahn wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, so daß der „Hindenburg-Ausschuß“ schon Anfang nächster Woche mit einem Aufsatze an die Öffentlichkeit treten dürfte.

Unternehmerchutz-Gesetz

Beauftragt von den Kommunisten im Strafrechtsausschuß

In der gestrigen Sitzung des Strafrechtsausschusses gab es ein heftiges Zwischenstück bei der Beratung des Paragraphen über leichte und schwere Körperverletzung. Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, einen neuen Paragraphen einzufügen, worin sie die „Körperverletzung durch Ausbeutung“ unter Strafe stellen, und zwar mit Gefängnis bestrafen wollten.

Der von den Kommunisten vorgelegene Paragraph war aber herab geschleift und unüberlegt formuliert, daß Wg. Landsberg (Goz.) mühsam nachweisen konnte, wie wenig er sogar den Wählern der Kommunisten selbst entsprach. Während die schwere Körperverletzung, die natürlich auch von einem Unternehmer ausgeht sein kann, in dem Gesetzentwurf unter Umständen mit Zuchthaus bestraft werden sollte, würde dem kommunistischen Antrag entsprechend ein solcher Unternehmer nur mit Gefängnis bestraft werden! Genosse Landsberg konnte daher diesem kommunistischen Antrag die Bezeichnung eines Unternehmerchutzgesetzes geben.

Der kleine Vorgang zeigt wieder einmal, wie oberflächlich die Kommunisten ihre Tätigkeit als Abgeordnete in solchen Fällen aufstellen.

Nationale Giftmischer

Künstliche Züchtung der Inflation

Am Sonntagmorgen fanden die Einwohner von Berlin-Grünow in ihren Briefkästen ein grünes Papier, auf dem in großen Lettern gedruckt zu lesen stand:

„Immer wieder taucht das Gespenst der Inflation auf! Englands Goldwährung geht in die Brüche! Hast du schon über die Zusammenhänge nachgedacht, Bürger der deutschen Republik??!“

Darunter offenbarte sich in Schamhaft wenig kleinen Buchstaben als Verfasser und Verbreiter dieses Handzettels — die NSDAP.

Zweck und Ziel derartigen Flugblätter liegt klar auf der Hand: systematische Züchtung einer Inflationssucht, aus der die haltenreue Bewegung agitatorische Vorteile ziehen möchte. Was kümmern der Hitlergerichte die bösen Folgen, die für das deutsche Volk aus einer Währungsreform sich ergeben! Um der Agitation willen mit der Inflationssucht spielen — gibt es ein größeres Maß von Gemeinlosigkeit?

Belagerungszustand in Braunschweig

Das erlaubt sich Nazi-Minister Klages!

Braunschweig, 27. Januar. (Eigenbericht.) In der Stadt Braunschweig ist angelehnt der am Donnerstag vorgefallenen Verdrängung des von Nazis ergriffenen Reichsbauratmannes Weiter der Nazis Belagerungszustand verhängt worden. Das Polizeipräsidium hat folgende Polizeiverordnung erlassen.

Das Stehenbleiben ohne erschlichenen Grund, das mühsige Auf- und Abgehen und jedes Ansammeln von Personen auf Straßen, Wegen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten ist verboten. Zusammenhandlungen gegen diesen Verbot werden mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft, wenn nicht andere Gesetze ein höheres Strafmaß zulaufen.

Der Leiter des Polizeipräsidiums erklärte zu dieser Verordnung, daß die Polizei bisher zwei Augen zugedrückt habe, daß aber in Zukunft mit den schärfsten Mitteln durchgegangen werden solle und die Schutzpolizei entsprechende Anweisung habe.

Auslandsvertrauen und Hindenburg

Der Reichspräsident in den kommenden außenpolitischen Entscheidungen

München, 27. Januar. (Eigenbericht.) Ein großer Kreis bekannter bayerischer Persönlichkeiten hat folgenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl erlassen:

„Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungstragenden internationalen Verhandlungen ist mit bedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterhändler steht.“

Auf den Einfluß des gemäßigten Anspruchs, das der Name Hindenburg im In- und Ausland genießt, dürfen wir nicht verzichten. Kein zweiter Deutscher besitzt in ähnlichem Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes; kein zweiter verdispert so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir stellen deshalb dem Schicksal für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt noch weiter ausübt. Sein Ausscheiden würde schwere Kämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiß ist, würde den Weg für Julifaschismusschancen frei machen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist.

Vor 7 Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gebanens. Deutschlands Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu erheben. Die Reichsregierung sieht die Volkswahl nur und damit die Kundgebung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten. Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mit beeinflusst. Wir halten uns daher besorgt, den ersten Schritt zu tun. Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der wie kein zweiter Deutschland verdispert. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten bitten, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen.

Unser Ruf ergeht an alle, ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechtes, des Bekenntnisses und der Parteien. Der Aufruf trägt die Unterschriften bekannter Persönlichkeiten der Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Presse und abtrichter Bürgermeister. An der Spitze steht der frühere Präsident des Reichsanzeigers Sahn.

Oesterreichs Regierung zurückgetreten

Wiedertehr des Kabinetts Burechs?

Wien, 27. Januar. (Eigenbericht.)

Die Regierung Burech hat am Mittwoch ihre Gesamtdemission überreicht. Der Bundespräsident hat die Minister mit der Fortführung der Geschäfte und den Bundeskanzler mit den Verhandlungen über die Kabinettsbildung betraut.

Ueber die Gründe des Rücktritts verhalten, daß nach der mehrwöchigen Hege, die gegen die Regierung Burech, insbesondere aber gegen Schöber gerichtet war, die Christlichsozialen am Mittwoch den Rücktritt Schöbers als Außenminister verlangt haben. Burech hat daraufhin an die Großdeutschen die Frage gerichtet, ob sie dem Rücktritt Schöbers zustimmen würden, Schöber aber in der Regierung verbleiben und ein anderes Kabinett erhalten würde. Die Großdeutschen lehnten diesen Vorschlag ab.

Burech will ein Ministerkabinetts, bestehend aus Christlichsozialen und Landbüdnen, bilden.

Die Arbeitslosenversicherung

Änderung der Leistungen nicht geplant

In der rechtsgerichteten bürgerlichen Presse wird behauptet, daß ein radikaler Umbau der Arbeitslosenversicherung geplant sei und durchgreifende Maßnahmen in kurzem zu erwarten seien. Diese Nachricht ist falsch. An einer Änderung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung wird gegenwärtig weder im Reichsarbeitsministerium noch im Reichsfinanzministerium gearbeitet. Am Reichsarbeitsministerium ist lediglich eine Verordnung zur Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung fertiggestellt, die jetzt dem Reichstag zugegangen ist. Bei dieser Verordnung handelt es sich um organisatorische Maßnahmen, die auf Grund der Neuordnung vom 5. Juni 1931 getroffen werden und die den Vorstand der Reichsanstalt bereits im Dezember desjährigen heben.

Die Steuerdrückbergerei des deutschen Volkes Patriotismus und Eigennutz

England und Deutschland — ein lehrreicher Vergleich

Vom 1. Februar ab sollen wieder Verzugszuschläge bei unpünktlicher Steuerzahlung erhoben werden. Diese Verzugszuschläge waren im Juli vorigen Jahres in Höhe von 5 Proz. für den halben Monat eingeführt worden, weil sich ein großer Teil der Steuerzahler bei der Bankrott-Verfahrensmassnahme allgemeine Verweigerung zu machen und sich nach Kräften um die Steuerzahlung drückte. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember wurden die Zuschläge wieder aufgehoben, weil sie mit 120 Proz. im Jahr übertrieben hoch waren und weil man hoffte, daß die Steuerzahler auch ohne sie genügend Einnahmen würden, um die dem Staat zustehenden Zahlungen nicht ohne Grund zu verschleppen. Aber auch

heute, die kritische Zeit zu überwinden, nicht zu verzögern waren.“ Die „Steuerwart“ unterstreicht den beschämenden Gegensatz zwischen der Opferwilligkeit der englischen Steuerzahler und der jämmerlichen Drückbergerei der deutschen durch folgende Ausführungen: „Vergleiche man mit diesem wahrhaft patriotischen Handeln die Verhältnisse in Deutschland, dann muß man mit Wehmut feststellen, daß sich hier der Patriotismus beim Steuerzahler ge-

rade mit umgekehrten Vorzeichen zeigt. In weiten Gebieten des hohen Landes weht die schwarze Fahne der Laubboll-Bewegung, unter der offen der Steuerhelfer proklamiert wird, die Kapital- und Steuerpflichtigen werden (sämlich als Zeiler des Vaterlandes geachtet, wenn sie ihre im Ausland verkauften Millionen zurückschicken (ohne daß sie das aber tun) und die Finanzminister können sich vor Stundungsbewegungen kaum noch retten. Die einzige Gruppe, die ihren steuerlichen Verpflichtungen auch in der Notzeit redlich genügt und pünktlich nachkommt, sind die lohnsteuerpflichtigen Beamten, Angestellten und Arbeiter.“

Daß diese Ausführungen der führenden Steuerbeamtenzeitung nicht übertrieben sind — und schließlich müssen es die Steuerbeamten am besten wissen — beweisen die jetzigen Maßnahmen der Regierung. Wenn selbst das Reichsfinanzministerium, dessen hohe Bürokratie wohl und breit als beispielbildend bekannt ist, aufs neue zu solchen Zwangsmaßnahmen gezwungen wird, dann muß die Steuerdrückerei des deutschen Volkes wahrhaft katastrophal sein.

Wieder aufgewärmte Lügen

CPD-Führer sehen sich zur Wehr

In einem abstrusen Wochenblatt, „Der Vorstoß“, werden einmal die alten Lügen aufgewärmt, daß hervorragende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und besonders der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ungeheure Einkünfte aus Aktien und Börsen hätten, die sie nur auf Grund ihrer Parteimitgliedschaft bekommen konnten. Die sozialdemokratischen Führer bestreiten nach den Angaben dieser Zeitschrift die zugehörigen und Lantien aus Aufschätzungen, die sie einträglich neben ihren schlichten Familien einnehmen. Allein 220 Aufschätzungsmandate befinden sich in den Händen bekannter Führer der Sozialdemokratie.

Dadurch, daß man diese Lügen, die seit langem von den Nationalsozialisten immer wieder ausgebreitet werden, wieder aufwärmt, werden sie nicht wahrer. Nicht 220 Aufschätzungsmandate haben die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion inne, sondern insgesamt 32. Alle diese Mandate sind Aufschätzungsmandate in öffentlichen Unternehmen, in die die Zeiger der Partei als Aktienbesitzer in den demokratischen Reichstagsfraktion hineingekommen sind. Feiner, der in dem abstrusen Blättchen genannten Abgeordneten hat einen Sitz als Aufsichtsrat in einer privaten Gesellschaft. Die Erträge, die den Inhabern dieser Aufsichtsstellen aus Lantien zufließen, werden für politische und soziale Zwecke verwendet.

Gegen den Schriftsteller des „Vorstoß“ werden diejenigen Sozialdemokraten, die er namentlich genannt hat, auf dem Klagenwege vorgehen. Außerdem erhält er selbstverständlich von jedem einzelnen eine Berichtigung der unwahren Behauptungen seines Blattes.

Die Verleumdungskunst der Nazis

Drei Monate Gefängnis für einen Dörfing-Beleidiger

Frankfurt a. M., 27. Januar. (Eigenbericht.) Der Naziwanderredner Guntz-Überlingen wurde wegen Verleumdung des Reichswehrministers in der Sache des Dörfing-Beleidigers zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Guntz hatte im Oktober vorigen Jahres mit Prinz Ludwig in einer Verleumdung in Würzburg den früheren Oberpräsidenten Höfing einen „Waffen-General“ genannt, der mit zu ihnen gehöre, die aus der Republik einen Unfall gemacht hätten. Die Nationalsozialisten würden den Fall schon ausmisten und die Säue vertreiben.

diesmal haben die deutschen bestehenden Schäden das in sie gefasste Vertrauen wieder schmächtig enttäuscht. Nach Aufhebung der Verzugszuschläge sind die Beitragsverhältnisse sofort derart sprunghaft zurückgegangen, daß die Regierung nichts anderes übrig blieb, als die Wiedererhebung der Zuschläge vom 1. Februar ab in Höhe von 1 1/2 Proz. für jeden halben Monat anzuordnen.

Der neuerliche deutsche Verzug verweigert, sich hinter der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage zu verbergen. Das Reichsfinanzministerium teilt selbst amlich mit, daß keineswegs nur die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse für den schleppenden Steuerertrag verantwortlich zu machen sei, sondern „wie selbstgeheimlich ist, vielfach ausgeprägter Zahlungsunwille“. Und ein beispielhaftes Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ muß zugeben, daß die völlige Aufhebung der Verzugszuschläge offenbar in sehr erheblichem Umfange dazu angetan ist, dem deutschen Steuerzahler zu größeren gewissen Ansehen der Geldverpflichtung bei Banken und Sparkassen sei der Schlag zu geben, daß der Reichsfinanzismus in nicht unerheblichem und untragbarem Maße gewissermaßen als ungeliebter Gast in Anspruch genommen sei.

In welchem Gegenstand zu dieser erbärmlichen Steuerdrückerei des deutschen Volkes liegt die verantwortungsvolle Haltung des englischen Steuerzahlers? Auch in England sind die Kassen des Staates leer, weil die Wirtschaftskrise ebenso wütet wie bei uns und die Unterstützung der Arbeitslosen ebenso gewaltige Summen verschlingt. Deshalb hatte die englische Regierung vor Jahresfrist an die Steuerzahler die Auflockerung ergehen lassen, ihre Steuern freiwillig möglichst schon vor dem 1. Januar zu entrichten. In weitaus erheblichem Grade die englischen Steuerzahler dieser Aufforderung nachgegeben sind, geht aus einem Bericht hervor, den die letzte Nummer der „Steuerwart“, der Zeitung des Bundes deutscher Reichssteuerbeamten, enthielt. Dort heißt es:

„Der Aufforderung der Regierung, aus Anlaß der Finanzkrise drei Viertel der schuldigen Einkommensteuer, die am 1. Januar fällig war, schon vorher einzuzahlen, wurde in ganz England in ungewöhnlichem Maße Folge geleistet. Im ganzen Lande zeigte sich eine Reihe beachtenswerter Beispiele pünktlicher Zahlungen. Nicht allein, daß die Steuerzahler noch vor Öffnung der Amtskassen Schlänge standen, hatten die Kassenbeamten der Steuerämter in zahlreichen Städten alle Hände voll zu tun und waren teilweise bis spät in die Nacht hinein beschäftigt. Einige Steuerzahler haben nicht nur die Januarrate, sondern auch schon die 3. Quartalsrate der Einkommensteuer beglichen. Schicks, die mit der Post eingingen, waren mit Glückwünschen versehen. In vielen Fällen verzichteten Steuerzahler auf die Erstattung von Ueberzahlungen, andere widmeten freiwillige Geldspenden im Betrage von 15 Pence bis zu einigen hundert Pfund Sterling; sogar Juwelen und andere Wertgegenstände gingen dem Schatzamt zu. Die Steuerämter in London-Westend haben zu Neujahr fünfzehnhundert Pfund vereinnahmt als zur gleichen Zeit im Vorjahr. In Bristol haben rund 10 000 Personen die Januarrate der Einkommensteuer noch vor dem Fälligkeitstage beglichen. Mit weiten überwiegen die Beamten die gute Stimmung der Steuerzahler. Die Steuerämter konstatieren, daß seit dem Wehrliche beträchtliche Rückgebungen der öffentlichen Einnahmen-

Der Preiskommissar greift ein Gegen Brotpreissteigerung!

Roggen aus Reichsbesitz zur Niedrighaltung des Mehlpriees

Die Bäckermeister in Berlin und anderen Wirtschaftsgemeinden wollen den Brotpreis erhöhen. Während der Preiskommissar Dr. Goerdeler mit der Spitzenorganisation der Bäckermeister verhandelt, hat sich der Reichsernährungsminister in hiesiger Sache am Mittwoch abends um 10 Uhr in Berlin die Reichsbörse angesprochen. Er will man den Roggenpreis unter 200 Mark halten und ein Steigen der Mehlpreise verhindern.

Es ist der Getreidestelle, die den Reichsroggen anbietet, wohl gelungen, die Terminpreise für Roggen, also die Preise für Roggen, der im März bzw. Mai zu liefern ist, um 2 Mark pro Tonne zu drücken. Die Promptpreise, die Preise für sofort greifbaren Roggen, haben aber nicht nach. Im großen und ganzen hat der Eingriff des Reichsernährungsministers seinen impositanten Eindruck gemacht. Ueber die Preisentwicklung selbst geben wir folgende Uebersicht:

Weizen pro Tonne	214-218	27. Jan. 1932	27. Jan. 1932
Roggen pro Tonne	185-187	(Berl. Produktenbörse in Mar.)	
Weizenmehl pro 100 Kilogramm	26,75-30,75		197-199
Roggenmehl pro 100 Kilogramm	25,50-27,60		28,25-32,00

Die Preise sind ganz bedeutend gefallen, und zwar in einer Zeit, wo man eine Preissteigerung zu erwarten hatte, und unter allen Umständen schon der psychologischen Wirkung wegen, verhindern muß, daß der Brotpreis, wenn auch nur um eine Kleinigkeit, ansteigt. Die Preisentwicklung ist aber recht natürlich. Die Dinge haben sich z. B. an der Berliner Börse so entwickelt, daß man von einem Roggenangebot durch die Landwirtschaft schon gar nicht mehr sprechen kann. Das Angebot bleibt fortwährend zu klein und wird auch bei sich bessenden Preisen nicht größer. Das braucht kein böser Wille der Landwirtschaft zu sein. Die Bandbündelungen mögen wohl hier und da zu einer Zurückhaltung geführt haben. Auch mag man schließlich in nächster Zeit mit höheren Preisen rechnen. Im Grunde genommen sind aber die Roggenbestände außerordentlich knapp, die Futtermittelpreise dagegen außerordentlich hoch. Die Landwirtschaft gibt den Roggen, weil sie die

hohen Futtermittelpreise scheut, lieber in den Viehtrug als in den Bäckertrog. Dazu hat die Schiefe Futtermittelpreispolitik geführt. Wir unterziehen das, um die Verantwortung festzustellen.

Daß die Bäcker ihre alte Verdienstsperre nicht behaupten können, versteht sich von selbst. Auch sie müssen in einer Zeit, wo die Rohstoffe und Gehälter höher sind, Opfer bringen. Andererseits muß man bedenken, daß sich die Inflationsgrundlage bei den Bäckern mit den steigenden Mehlpreisen verschiebt. Wir verstehen es, wenn der Reichsernährungsminister Dr. Goerdeler es ablehnt, auf die Preissteigerung der Bäckerei nach einem höheren Brotpreis einzugehen. Wir halten es aber durchaus in der Ordnung, daß der Preiskommissar dem Reichsernährungsminister gegenüber deutlich gemacht hat, daß endlich eingegriffen und den Produzentenbörsen Rufen zu lassen, über den die Regierung verfügt, ausgeführt werden muß.

Das ist in Berlin am Mittwoch zum erstenmal geschehen und soll auch am Rhein und in Mitteldeutschland in den nächsten Tagen vor sich gehen. Wie bereits gesagt, ist dem Eingriff des Reichsernährungsministers in Angebot und Nachfrage an der Berliner Börse am Mittwoch nicht viel Glück beschieden gewesen. Die Promptpreise, auf die der Preis für Mehl, das der Bäcker verarbeitet, zurückgeht, haben sich fast wiederstandsähig gezeigt. Und das ist kein gutes Zeichen für die Zukunft. Wir müssen daran die Forderung, daß die Eingriffe des Reichsernährungsministers energischer werden, daß man größere Mengen von Reichsroggen den Produzentenbörsen zuführt, um den Markt wieder in Ordnung zu bringen.

Schließlich stehen sich in der Person des Preiskommissars und Reichsernährungsministers zwei verschiedene Bestrebungen gegenüber: der eine, eben der Preiskommissar, zielt auf eine Senkung der Getreidepreise hin und vertritt dabei allgemeine Interessen, während sich der Reichsernährungsminister davon leicht, möglichst hohe Roggenpreise zu erzielen, weil er eben die Interessen der Großlandwirtschaft wahrnimmt. In diesem Kampf muß natürlich das allgemeine Interesse liegen. Die ganze Preisentwicklung würde zur Folge, wenn die Bevölkerung in den nächsten Tagen eine Preispreiserhöhung hinnehmen müßte.

Verbrüderung beim Sekt

Dittler bei den rheinischen Industriellen

Düsseldorf, 27. Januar. (Eigenbericht.) Am Dienstagabend sprach Adolf Dittler in dem feudalsten Hotel Westdeutschlands vor dem Industriellen, einer Organisation der Eisen- und Stahlkönige und des bergbaulichen Langsam-Verens, über die Notwendigkeit seiner Partei und die Wichtigkeit ihrer Unterstützung durch die Unternehmer. Anschließend fand ein Essen bei Sekt und Gummert statt. Die gegenwärtig in Köln stattfindende Tagung des Deutschen Arbeitgeberverbandes unterbrach ihre Veranstaltung. In Gunzbergen von eleganten Limonaden führen die Industriellen des Ruhrgebietes von Köln nach Düsseldorf. Vor dem Vorhof hatten sich Tausende von Arbeitern eingefunden, die ihrer Embardung über den „Arbeiterführer“ und seine industriellen Verbindungen durch räucherische Zursicht Ausdruck gaben.

Die Suche nach dem englischen U-Boot M II

Das in der Nähe von Vorkland gesunkene englische U-Boot „M. II“ ist bisher noch nicht gefunden worden. 48 Mann und 6 Offiziere sind an Bord des Schiffes. Wenn auch das U-Boot in der Lage ist, 48 Stunden unter Wasser zu bleiben und wenn auch der Gauerstoffvorrat des Bootes für ungefähr die gleiche Zeit reicht, so macht man sich doch um das Schicksal der Besatzung ernste Sorgen.

Die Ausfahrt

M. II hat am Dienstagvormittag 10 Uhr den Hafen von Vorkland zu einer Übungsfahrt verlassen. Eine Stunde später wurde das Schiff von Veymouth aus zum letztenmal gesichtet. Dann stand das U-Boot noch einige Zeit mit dem Torpedoboot „Titanium“ in funktentelegraphischer Verbindung. Als in den frühen Nachmittagstunden alle Meldungen aufhörten, gab die Admiralität den Befehl, Nachforschungen nach dem Verbleib des U-Bootes vorzunehmen. In der Annahme, daß dem U-Boot etwas zugefallen sein müßte, wurde man beauftragt, als in den Abendstunden die übrigen U-Boote, die gleichzeitig mit M. II ausgefahren waren, nach Vorkland zurückkehrten.

Das vermisste U-Boot, das im Jahre 1929 in Dienst gestellt wurde, ist ein jener Großkampfbote, die auch bei Ueberwasseraktionen eine erhebliche Kampfkraft aufweisen. Ferner besitzt M. II als erstes U-Boot der Welt Vorkehrungsmaßnahmen zum Transport von Flugzeugen. Der Kapitän von M. II ist Kapitänleutnant S. D. Beates.

Am Mittwochmorgen sind nach Tagesanbruch in Veymouth zwei Marineflugzeuge aufgestiegen, um das vermisste U-Boot zu suchen. Die Flugzeuge mußten jedoch unerrichteter Sache zurückkehren, weil die bewegte See keine Sicht bis auf den Meeresgrund gestattete. Ebenso wenig konnten Minenluder und die U-Boote H. 44 und H. 49, die das Meer mit modernen Unterwasserlinsen auslasten, bis jetzt eine Spur entdecken. Eine Werbung, nach der 1000 Meter Tiefe auf dem Grunde erndet werden ist, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Vermutlich handelt es sich bei dem hier festgestellten Objekt um ein Wrack aus dem Kriege.

Das englische U-Boot „M. II“, das in der Nähe von Vorkland mit 33 Mann Besatzung untergegangen ist, wurde inzwischen aufgefunden. Eine Dose beschriftet mit Mittwoch die Stelle, an der das Boot auf dem Meeresboden liegt. Die Sachverständigen bezweifeln, daß noch jemand von der Besatzung am Leben ist, oder daß die Hebung des Schiffes noch rechtzeitig gelingen könnte.

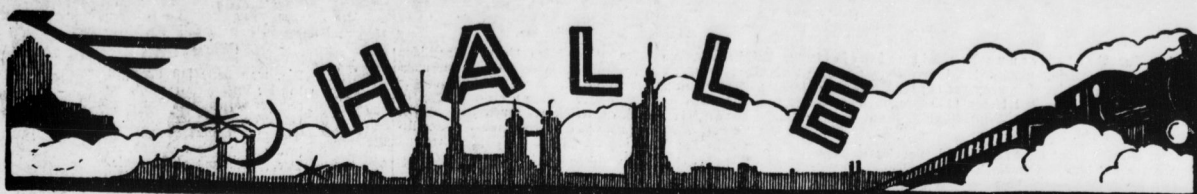
Labusen bleibt in Haft

Haftentlassungsantrag der Verteidigung abgelehnt

Bremen, 27. Januar. (Eigenbericht.) Die Justizprokessstelle Bremen teilt mit: In der Vorunternehmung gegen die Gebrüder Labusen hat die Strafkammer auf Grund der mündlichen Verhandlungen im Haftprüfungstermin über den von der Verteidigung gestellten Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Gustav Karl Labusen entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen, daß der Haftbefehl aufrechterhalten wird. Das Gericht hat den Verdacht, daß der Angeklagte Gustav Karl Labusen in der Nacht der Gläubigerbenachteiligung gehandelt hat (Konkursverbrechen), nicht als dringend erachtet, ihn dagegen hinsichtlich der Vergehen nach § 240 Abs. 3 der Konkursordnung und §§ 312 und 314 Ziffer 1 des Handelsgesetzbuches und § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug) befristet, ferner Finanzverdracht auf bei Stellung der von dieser Seite angebotenen Sicherheit, sowie Verdunkelungsgefahr als fortbestehend annehmen.

Berurteilter Nazi-Redakteur

Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Mittwoch der Redakteur des nationalsozialistischen „Angriff“ Otto wegen Beleidigung von Mitgliedern des Berliner Bürenvorstandes zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.



100 000 Mark Fehlbetrag trotz Bürgersteuer-Verdoppelung und Getränkesteuer-Einführung

Gas- und Strompreisermäßigung wird nicht durchgeführt

Steigerung der Wohlfahrtslasten und Rückgang der Steuereinnahmen veranlassen die Stadtverwaltung zur Anwendung dieser kapitalistischen Sanierungsmethoden

Die Finanzlage der Gemeinden ist katastrophal. Die Großstadt Dortmund steht nicht bereitwillig da mit ihren Schwierigkeiten, das Geld für Löhne, Gehälter, und — was noch wichtiger ist — für Wohlfahrtsunterstützungen zu beschaffen.

In der Stadterordnungsitzung vom 16. November v. J. machte der Magistrat den Stadterordneten davon Mitteilung, welche Maßnahmen er — kraft der ihm durch Rotverordnungen erteilten Ermächtigung — zur Sicherung einer geordneten Fürsorge" ergreifen hat.

Dr. Klotz spricht doch! Dr. Klotz wurde gestern Abend sofort für eine Wiederholung der Beschlüsse am 9. Februar nach Halle verpflichtet. Die Versammlung wird im Hallenser-Konstituieren, wo die Statutenarbeiten nicht zu getagelt sind, doch es nochmals zu einem bezüglichen Terror kommen lassen.

während die erwähnte Vorlage des Magistrats bekanntlich mit einem Defizit von 155 000 M. rechnet. Die Verschlechterung ist einmal darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Wohlfahrtsberechtigten in Halle im Vergleich mit dem Vorjahr um 10 Prozent zugenommen hat, zum anderen aber darauf, daß die Steuereinnahmen und privatrechtlich-juristische Erwerbsverluste hinter den berechtigten Ansprüchen noch zurückbleiben.

Die Zahl der Erwerbslosen in Halle ist im Jahre 1931 51,5 Prozent; demzufolge steigerte sich die Belastung der Stadtgemeinde Halle von 13,1 auf 37,5 und schließlich Ende Dezember auf 48,7 Prozent.

Neue Ausblicke ins Dritte Reich

Fanatisierte Nazierewohns terrorisieren auf Parteibefehl in ungläublicher Weise republikanische Jugendorganisationen - Die polizeilich aufgelöste Klotz-Versammlung wird wiederholt

Gestern Abend veranstaltete die sozialistische und republikanische Jugend Halle unter dem Motto "Jugend in der Eisernen Front" im „Hofläger“ eine öffentliche Versammlung, in der der ehemalige Abtutant Hilbers, Dr. Klotz, über die Stellung der Jugend in der Eisernen Front sprach.

auch ihn mit aller Entschiedenheit zu führen wissen. Herr Garmowski münzte, als von der Versammlungsleitung bekanntgegeben wurde, daß die Nazis bei Parteitag zur Versammlungsprengung erhalten haben, den Lobstisch. Die ersten drei Leute, darunter Garmowski selbst, mußten nacheinander den Saal verlassen.

Veränderungen im ordentlichen Haushalt:

Table with 4 columns: Bezeichnung, Betrag nach dem Haushaltsplan 1931, Veranschlagt. 1932, Ungültiger gegenüber dem Haushaltsplan 1931. Rows include: Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsfinanzen, Gemeindefinanzen, Ausgaben der Werke der Stadt Halle AG, Sonstige Einnahmen (Stadttheater, Zoo, Faber, Krieten, Schulgebäude uhm.).

Die Bürgersteuer bringt flakt bei erhofften 1,8 Millionen nur 1,5 Millionen M. ein, auch bei der Getränkesteuer ist ein nicht unerheblicher Rückgang zu erwarten.

Die Führer waren selbst gekommen, um die Ausführung ihres Befehls genauestens zu überwachen. Dann der energischen Verklammerungsführung war es in geschlossenen Formationen erschienenen A. Novodys jedoch nicht möglich, ihren Befehl durchzuführen.

Der Hinweis auf den „Marxistennot“ entlockte dem anwesenden Klotz Mitglied Bravo- und Beirats.

Die Nazis, fuhr Dr. Klotz fort, haben sich aber verrechnet, wenn sie meinen, daß die 10 000 marxistischen Funktionäre die Klotz einfach so hinhalten werden. Wieder erbot sich ein wahnwitziger Zumult. Weitere Störenfriede wurden hinausgewiesen.

Sie überließen in der ersten Ecke des Saales einige Jungkommunisten. Für Minuten saßen Stühle, Biergläser und Kaffeetassen da. Mehrere Reichsbannerleute wurden verhaftet. Ein Nazimann, den man wegen seiner Gelassenheit, der Reichsbanneruniform ähnlichen Hosen für einen von der „anderen Seite“ hielt, erhielt, nachdem er bereits ein Bierbeidel an den Kopf bekommen hatte, von seinen eigenen Leuten einen Schlag mit einem Stuhl.

Ein Soldat der Arbeit

Der letzte Weg Hermann Dörs'

Immer neue Scharen von Menschen brachten gestern nachmittags Straßenbahn und Autos; sie alle warteten zum Krematorium auf dem Grenzentrasthof. Männer aus der Werkstatt, alle Kampfgesellen, die ihrem Freunde und Mitkämpfer Hermann Dörs die letzte Ruhe erstatten wollten.

Die Terrorisierung der Versammlung durch die SA-Beute ist wohl der unverschämteste Versuch der faschistischen Herrschaft, der je in einer öffentlichen politischen Versammlung in Halle möglich war.

Die Terrorisierung der Versammlung durch die SA-Beute ist wohl der unverschämteste Versuch der faschistischen Herrschaft, der je in einer öffentlichen politischen Versammlung in Halle möglich war. Wenn man sich allerdings die Bilagen dieser hoffnungslosen „Antunft Deutschlands“ anschaut, wundert man sich nicht besonders über ihre Methoden, politisch Gegnern zu disziplinieren: Giftbeidel und ohermal's Geißel: dumme Kerle, die, während ihre Väter im Felde standen, noch den Soldatenbock verlorht bekamen.

Der Kampf der Arbeiter

Wir zu Herzen gehenden Worten widerstrebte Genosse Weidner (Marzburg) das Leben und Wirken dieses einfachen Soldaten der Arbeiterbewegung, seine feste Hilfsbereitschaft, seinen unerschütterlichen Glauben an die Zukunft der Arbeiterklasse, sein tiefes Verständnis für die Sorgen und Nöte der Arbeiter. Dem Helden des Sozialismus, dem braven und schlichten Parteimitglied wählte Genosse Schumann den Namen der Partei, des Reichsbanners und der übrigen Arbeiterorganisationen herliche Dank- und Würdigungsworte. Als echtes Proletariatkind hat Hermann Dörs Gelegenheit gehabt, zu erkennen, wie schwer den arbeitenden Massen der Aufstieg gemacht wird. Sein Pflichtgefühl stellte er über alles! Vieles war er ein Vorbild, ein wahrer Kamerad. Als Zeichen der Achtung und Liebe, deren sich die Parteimitglieder zu erfreuen hatte, mag neben den Zängern besonders die starke Beteiligung der Straßenbahnarbeiter, deren Kapelle „Ich hatt' einen Kameraden“ intonierte, während sich der Sarg in die Tiefe senkte.

Wir wünschen, so fuhr Dr. Klotz fort, den feindseligen Kampf! Weder aus der Kampf der Gewalt aufgegebenen, so werden wir

gemacht. Zur Verbesserung der Einnahmestelle kommen nach den Bestimmungen der letzten Rotterdamer... Zur Erhöhung der Einnahmestelle auf den Landes...

Der Magistrat hat die Erhöhung der Einnahmestelle wegen der auf dem Arbeitsmarkt zu erwartenden Ausstellungen abgelehnt und sich für den besten Entschluß, daß die Gehalts- und Lohnverhältnisse der werksamen Betriebe...

Da diese Maßnahme zusammen mit den vertraglichen Abführungen noch nicht hinreicht, um die im Etat 1931 und im Nachtragsetat vorgesehene Summe zu erreichen, müssen weitere Rückgriffe auf sonstige Ersparnisse...

Eine Ueberrahme des Restbetrages auf das Jahr 1932 verbot sich mit Rücksicht darauf, daß das nächste Jahr durch die Hoffabrische und den weiteren Rückgang an Steuern...

Die von der Bürgerschaft beschlossene Forderung, von der Befreiung unter den bestimmten Voraussetzungen zugunsten der Tarifverträge...

Ueber diese Art der Sanierungsmaßnahmen wird in wohl später noch etwas zu sagen sein. Ueber eine Tatsache darf jedoch heute schon ein Urteil gesprochen werden...

Wolte das Reich seine verhängnisvolle Wirtschaftspolitik weiterbetreiben, solange es sich der Illusion hingibt, daß es durch Lohn- und Gehaltskappen, durch Abbau der Soziallasten...

Das durch eine Abkehr von dieser verhängnisvollen Wirtschaftspolitik...

zur Erhöhung und Zieherung der Rauffahrt der breiten Massen wird die Wirtschaft anfeindbar, das bedrohliche Anzeichen...

Summi-Wirtschaften, der beste Hausarzt, Summi-Handschuhe für die Wirtschaft u. d. r. Spezialabteilung Summi-Tiere, Halle/Saale, G. Steiner, und Bülberster. (Nähe Markt.)

Roman von Hann Gobsch:

Wahn-Europa 1934

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin. (Nachdruck verboten.) ... Verhängnisvollen, die Massen gleiches durcheinander, hochgen auf...

Der Defizite vermeiden helfen. Noch haben die beratenden bürgerlichen Politiker aus der Erwartung der letzten Jahre nichts gelernt...

gesellschaftliche Planiertätigkeit, soziale Gerechtigkeit!

Vorlicht, Schlußwörter!

In diesen Tagen sind heftige Getöseklänge von Angewandten aufgedrungen worden, die Inhaber für einen angeblich praktischeren Ablauf aufsuchen wollen...

Preiswilder und Preisverzeichnisse

Der Reichskommissar für Preisveränderung hat mit Wirkung vom 18. Januar 1933 beordnet, daß bei den folgenden Waren: Weizenmehl, Roggenmehl, Getreide, Mehl, Backwaren, Getreide...

Der vorstehend aufgeführten Waren im Kleinhandel absetzt, ohne sie sichtbar auszustellen, hat in seinen Läden, Schaufenstern und Schaufenstern und an einem Verkaufsstelle für die nicht aufgeführten Waren...

Bernünftiger Schulbücher-Verbrauch

Der preussische Unterrichtsminister Grimme hat einen neuen Erlaß an die Schulbehörden erlassen, daß bei in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage mit allem Nachdruck die Verringerung der Zahl der Bücher...

12. Herbstfest der SPD. Halle. Am Donnerstag, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Berndorfsaal“ unsere Jahresversammlung statt...

Ein ganz gescheiter Anzug. Gestern Abend gegen 20 Uhr wurde in der Stadt in die im dritten Stock gelegene Wohnung eines Arbeiters geschossen...

Verstehen. Er ist ein Mensch kühler Stille und Einlamkeit. In seinen Worten, das durch Generationen von einer alten Kultur...

Das Zeigende hingegen. Ah, vermutlich wird vom Vorkammer der beide Vorkammer gemeldet. Mein Wohnung vom Haupten...

Dr. Dainold, Deutschlands Vorkammer, tritt ins Arbeitszimmer. Ich bin die großen Zeigenden geben und tunken die scharfgeschliffenen, unineingetakteten Brillen...

Dr. Dainold, Deutschlands Vorkammer, tritt ins Arbeitszimmer. Ich bin die großen Zeigenden geben und tunken die scharfgeschliffenen, unineingetakteten Brillen...

„Ich möchte nicht, daß Sie überlegen zu sein, Herr Vorkammer, daß ich die Deutschen demütigen um zu zeigen im Verein mit den anderen Deutschen dankbar anerkennen, beginnt Saint Brice das Gespräch...

Der Deutsche, ein Riese mit ausdauernden Schultern, auf denen der Kopf entworfen zu sein wird, bildet von oben herunter durch seine schütternde Augenlider, die den Blick festumgerichtet...

„Meine Regierung läßt ernst arbeiten, in Betracht auf die Größe der Gefahr aufmerksam zu machen. Einmalen hat sie zu denken“, sagt Dr. Dainold, die französischen Worte mit doppeltem Akzent...

Saint Brice nickt leicht. „Mit es billig, Herr Vorkammer, daß der Streit der Großen auf dem Rücken der Kleinen auszutragen wird?...

„Das ist die Rolle des Vorkammers für den europäischen Frieden nicht übernehmen! Es wird noch dazu kommen, daß wir unteren Vorkammer in Rom abzuwarten müssen, so sehrmäßig auch dieser Schritt wäre.“

Dr. Dainold nickt sich, daß es im Geleise des Sprechers steht. Die Verbindung zwischen zwei Vorkammer ist vorher gerichtet, als von neuem wieder angeordnet, bemerkt er bedächtig und legt den Kopf ein wenig auf die Seite...

„Es gibt Konsequenzen, die zuweilen gezogen werden müssen“, antwortete der Franzose. „In jedem Fall möchte ich Ihnen die Frage vorlegen, Herr Vorkammer, ob bei weiterer unangenehmer Entwicklung die Verantwortung auf mich zu übertragen ist...“

Der Deutsche, obwohl er genau weiß, was er antworten wird, überlegt eine Minute. „Am Prinzip“, er antwortet er leutlich. „Im besonderen Fall allerdings nicht, das auf die schwierige Lage meines Landes hinweisen. Unter Volk würde die Übernehmung des französischen Schusses in Italien als freundschaftlicher Schritt Frankreich werden, als Spitz gegen Italien.“

„Was alte Alesandria! — denn der Franzose und sich die weißen Augenbrauen zusammen. Sind etwa die Deutschen mit Capponi schon einig?“

„Sie würden dann vermutlich auch nicht die italienischen Interessen in Frankreich nachträglichem gewillt sein, hoffe ich?“ Ganz ruhig spricht Saint Brice, obwohl ihm die Unruhe im Blut ist.

„Das weiß ich wirklich nicht“, lacht der Vater gutmütig. „Saint Brice trommelt leise die Fingerhüpfen gegeneinander. Warum ist der Deutsch plötzlich so juridisch? Ich hatte vorgibt bei meinem Vortrag die freundschaftlichen Beziehungen im Auge, die Ihr Land und das meine seit Jahren verbinden.“

„Man hätte fast vergessen, daß die Botschaft übergeht, daß der Kopf unterdessen wurde dreist und aufgebläht. Eja, man hatte keine Idee, prüfte zögernd den Befund, Der Fasziismus mittlerweile wurde fett und fugehrlos. Endlich rührt ihr heur die Hände, länger nicht in Schlaf gelullt, alles hat einmal ein Ende, auch die menschliche Schuld. Geller wird's am Horizont — Eijene Front.“

Schwere Gloden, nicht Schmalmeien halten heute durchs Begeh, und ihr schließt die tiefsten Reihen, und ihr macht euch auf den Weg, und der Weg ist hell besonnt — Eijene Front. Alfred Kerr.

Aufhebung von Amtsgerichten

Über Landesgerichtsbezirk Rummurg. Nach der letzten preussischen Sparverordnung sollen bis zum 30. September mindestens 60 Amtsgerichte aufgehoben werden. Wie bekannt, werden voranständig im Bezirk des Oberlandesgerichts Rummurg fünf Amtsgerichte betroffen werden.

Wiederrennen in der Artilleriestraße

Gestern vormittag gegen 9 1/2 Uhr gingen in der Artilleriestraße zwei Pferde mit einem Wagen durch. Sie konnten erst an der letzten Ecke von einem Polizeibeamten zum Stehen gebracht werden. Sichtlich dadurch beirrt, verlor ein anderer Mann sein Mäntelchen in der Zeitung „Märkischer Anzeiger“ ein Selbstbildnis der Gestalt über sein Pferdchen und zuruck, als der Wagen nach einem Moment mit einer Geschwindigkeit umfing, in der Straßengraben. Er hat ihm aber nicht viel gebracht.

Drei Monate Gefängnis für den Druck eines verbotenen Erlaßes

Gestern stand der Schwiegerohn des deutschennationalen Buchdruckerzeitung Theile, Herr Alwin Herzberg, vor dem holländischen Hofgericht. Herzberg hatte Anfang vorigen Jahres, zur Zeit des Kampfes in der Zeitung „Märkischer Anzeiger“ ein Selbstbildnis der Gestalt über sein Pferdchen und zuruck, als der Wagen nach einem Moment mit einer Geschwindigkeit umfing, in der Straßengraben. Er hat ihm aber nicht viel gebracht.

Veranmungen und Veranmungen

Der Reichs-Veranstaltungsausschuss für Sportveranstaltungen und Veranstaltungsbildung wird am Sonntag, dem 30. Januar, 15 Uhr, zu seinen Sitzungen zusammen. Zu der mit Sportintendanten und der Leitung der Angelegenheiten zugehörigen. Außerdem werden die Angelegenheiten in der Zeitung „Märkischer Anzeiger“ ein Selbstbildnis der Gestalt über sein Pferdchen und zuruck, als der Wagen nach einem Moment mit einer Geschwindigkeit umfing, in der Straßengraben. Er hat ihm aber nicht viel gebracht.

Städt. Anzeiger, Halle/Saale, G. Steiner, und Bülberster. (Nähe Markt.)

trüblich spricht Saint Brice, obwohl ihm die Unruhe im Blut ist. „Das weiß ich wirklich nicht“, lacht der Vater gutmütig.

Saint Brice trommelt leise die Fingerhüpfen gegeneinander. Warum ist der Deutsch plötzlich so juridisch? Ich hatte vorgibt bei meinem Vortrag die freundschaftlichen Beziehungen im Auge, die Ihr Land und das meine seit Jahren verbinden.“

Der Vater erkennt den Verfußhallen in seiner eigenen Größe. „Freieren auch zu denken“, sagt er. „Es liegt kein Grund vor, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu mindern. Herr Vorkammer, Saint Brice nickt auf die Brillenfassung des Deutschen. „Wir dürfen uns der deutschen Freundschaft verächtlich halten.“

„Aber ganz genau, Herr Baron“, beteuert der andere. „An jedem Fall? Was auch kommen mag?“

Dr. Dainold lacht harmlos. „Einen Postenwechsel kann ich natürlich nicht ausstellen. In der Weltgeschichte der beiden ist zu werden.“

„Sehr richtig!“, nickt Saint Brice auf der Ueberlegung ist glücklich. „Auch zwischen Deutschland und Frankreich sind viele Beziehungen zu mindern. Herr Vorkammer, Saint Brice nickt auf die Brillenfassung des Deutschen. „Wir dürfen uns der deutschen Freundschaft verächtlich halten.“

„Aber ganz genau, Herr Baron“, beteuert der andere. „An jedem Fall? Was auch kommen mag?“

Dr. Dainold lacht harmlos. „Einen Postenwechsel kann ich natürlich nicht ausstellen. In der Weltgeschichte der beiden ist zu werden.“

„Sehr richtig!“, nickt Saint Brice auf der Ueberlegung ist glücklich. „Auch zwischen Deutschland und Frankreich sind viele Beziehungen zu mindern. Herr Vorkammer, Saint Brice nickt auf die Brillenfassung des Deutschen. „Wir dürfen uns der deutschen Freundschaft verächtlich halten.“

„Aber ganz genau, Herr Baron“, beteuert der andere. „An jedem Fall? Was auch kommen mag?“

Dr. Dainold lacht harmlos. „Einen Postenwechsel kann ich natürlich nicht ausstellen. In der Weltgeschichte der beiden ist zu werden.“

„Sehr richtig!“, nickt Saint Brice auf der Ueberlegung ist glücklich. „Auch zwischen Deutschland und Frankreich sind viele Beziehungen zu mindern. Herr Vorkammer, Saint Brice nickt auf die Brillenfassung des Deutschen. „Wir dürfen uns der deutschen Freundschaft verächtlich halten.“

„Aber ganz genau, Herr Baron“, beteuert der andere. „An jedem Fall? Was auch kommen mag?“

Dr. Dainold lacht harmlos. „Einen Postenwechsel kann ich natürlich nicht ausstellen. In der Weltgeschichte der beiden ist zu werden.“

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or publication info.

AGD-Agitation im mitteldeutschen Bergbau Über AGD-Schwindel verfangt bei Kumpels nicht

Seit Wochen entfaltet die AGD in der kommunikativen Presse und den Betriebszeitschriften eine große Propaganda zur Entfaltung eines Streikes im mitteldeutschen Bergbau. Umfangreiche Artikel und die Schlagzeile sollen der Öffentlichkeit vorführen, welche wichtige Rolle die AGD und AGD-Mitglieder spielen. Wenn man die Zünge der Artikelserie als Maßstab anlegen würde, könnte einem inoffiziell der Gedanke in der Hand haften. Aber wie so oft, ist diese ganze Propaganda nichts anderes als blühender Unsinn, den in den Betrieben Mitteldeutschlands niemand mehr ernst nimmt. All die Aufzüge und Konferenzen, die Bildung von sogenannten Kampfausschüssen in den Betrieben haben es nicht vermocht, daß auch nur in einem einzigen Betriebe den Sirenengeheul der AGD ein Kumpel gefolgt wäre. Wenn im „Massenkampf“ von „Streikerfolgen im Bergbau“ in den letzten Wochen berichtet wurde, dann ist das aufgeflogene Schwindel. In fast allen Veranlassungen, die von der AGD einberufen waren, herrschte schändliche Verleumdung. Die wesentlichen Redner, die erschienen, legten sich aus Gerwerbshörern und deren Familienmitgliedern zusammen. Man trieb den Schwindel so weit, daß man

hiese Betriebsrat und Vertreter der Versammlung allerer Linie vor. Als man zur Wahl des Kampfausschusses schreiten wollte und Vorschläge gemacht werden sollten, erklärten verschiedene Veranlassungen, das könne man nicht machen in der Öffentlichkeit, sondern das müßte man geheim machen. Danach zu urteilen ist der Mut der AGD-Leute zur Abwehr der Stellung von „Waltershoffnung“ nicht allzu groß.

Auf der Grube „Dora und Helene“ mußte das AGD-Betriebsratsmitglied nichts weiteres zu tun, als der Entlassung eines freigebergesellschaftlichen Betriebsratsmitgliedes zuzustimmen.

Fast zwei Jahre hat die Werksleitung in erbittertem Kampfe versucht, diesen freigebergesellschaftlichen aus dem Betriebe zu entfernen, ohne daß es ihr gelang. Erst mit Hilfe des AGD-Betriebsrats wurde dieser bald fähigste Arbeiter drohend gemacht.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter sind viel zu sachlich denkend und gefolgt, als daß sie auf die Rattenfängerelnde der AGD hereinfallen. Sie holen sich ihre Auffassung bei den Gewerkschaften in der Überzeugung, daß nur diese ihre wirkliche Interessenvertretung sind.

Durchschnitt durch das Dritte Reich

Die Organisation.

Organisation ist die Seele von Genzen.
Im Dritten Reich darf man nicht aus der Reihe tanzen.
Alle Gatten werden von der led „Wachwuchs“ erfüllt:
Vorschrift: Pro Ehe vier Kinder; mit Höflichkeitsschule Knart!
Sobald sie laufen gelernt, müssen alle Götter der Bastille — made in Italy — angehören.
Die darauf folgende Dienstpflicht umfasst in ergriffener Weise die ganze Bevölkerung, von Säugling bis zum Greise — und alles macht freudig begeistert mit ...
Der nächste Schritt betrifft die geistige Erziehung der Massen:
sie wird dem „Angriff“ unter der bewährten Leitung des Pa. Geobels überlassen,
besamt für seinen gegebenen Stil — —
Als großes Ziel ist außerdem nicht aus dem Auge zu verlieren: die Volkserziehung in einheitliche Bahnen zu führen.
Durch namhafte Wissenschaftler wird festgestellt, daß Dörgeuise am besten die Volkstrost erhält (das wurde schon einmal, im Kriege, bewiesen).
Wenn man mit diesen großen Aufgaben fertig ist, dann geht man an andere Dinge ran.
Dann sammelt man erst mal gewaltig Kraft zur Erreichung der höchsten + + + + +
Rechenzeit gesagt, eins von den schönsten Dingen, und nur in gemeinsamer Arbeit mit Zwölfen, Böglern und den übrigen Herren Geistes der Danten und Schwinerindustrie zu bestrimmen.
Zum Schluß, nachdem man viel Tinte verossen und mit dem „Arbeitsplan“ einen ewigen Frieden geschlossen, legt man als Symbol an Stelle des Palastesvertrages Etz und Weil, die Zeichen der Macht im Dritten Reich — Heil!

Erfolge der Gewerkschaften einfach in solche der AGD umgelogen hat.

11. a. Berichtete der „Massenkampf“, daß auf dem Ralmert „Strügerball“ durch ihren Widerstand eine Gebirgsführung abgelehrt worden sei. Tatsächlich haben die organisierten Arbeiter durch den Verband der Bergbauarbeiter in langwierigen Auseinandersetzungen mit der Werksleitung und dem Arbeitgeberverband die von der Werksleitung angeordnete Gebirgsführung rückgängig machen können.

Wie die Bergarbeiter über das ganze Geschrei der AGD denken und wie sie zu der Streikparole und der Wahl von Kampfausschüssen stehen, haben die letzten Veranlassungen mit aller Klarheit bewiesen. In der großen Belegschaftsversammlung der Grube „Altona“ hatte ein AGD-Vertreter versucht, seinen allzu bekannten Schwindel an den Mann zu bringen. Aber alle Veranlassungen der Gewerkschaften, alle Aufzungen zum Streit haben nichts geschadet. Die Entschliebung, die von ihm der Belegschaftsversammlung von 800 Mann vorgelegt wurde und die Bildung von Kampfausschüssen vorsch, fand in der Versammlung keinerlei Zustimmung.

Nicht ein einziger der Veranlassungsteilnehmer gab seine Stimme für die Entschliebung ab.

Aus diesem Ergebnis macht der „Massenkampf“ in seinem Bericht eine einseitige Annahme der Entschliebung. Von der Belegschaftsversammlung der Grube „Waltershoffnung“ bei Oberbödingen berichtet der „Massenkampf“ ebenfalls die Wahl eines Kampfausschusses zur Abwehr der Kurstrecke, die die Werksleitung auf „Waltershoffnung“ beabsichtigt. 11. a. wird darin behauptet, daß der Betriebsratsvorsitzende Näher sich in scharfer Weise gegen die Gewerkschaftsführer ausgesprochen habe und selbst dem Kampfausschuss angehört. Dieser ganze Bericht ist von A bis Z erlogen. Von einer Belegschaft von über 500 Arbeitern waren insgesamt 25 in der Versammlung erschienen. Der Referent der AGD, Landtagsabgeordneter Schlag, war nicht erschienen. Statt dessen stützte der frü-

Hilfer gegen Hindenburg

Hilfer wird Professor und Präsidienratsmitglied der AGD
Ein rechtsstehendes Berliner Morgenblatt meldet, daß während von deutschnationaler Seite in den letzten Tagen eine Sammellandabstimmung angestrebt worden sei, neuerdings die Person Hillers als Präsidienratsmitglied für die Nationalsozialisten und Deutschnationalen im Vordergrund stünde. Der Mangel der fehlenden Staatsangehörigkeit Hillers soll dadurch überbrunden werden, daß der Münchener Parteipartizipant zum außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt wird. Die Beamtenerschaft bringt besonntlich ohne weiteres die Staatsangehörigkeit mit sich.

Der Judenkaifer

Monarchismen gegen „Rassenforchtung“
In den heftigsten Angriffen einer übergeschwängelten „Rassenforchtung“ gehört es die teilweise jüdische Herkunft der Familie Hohenzollern „wissenschaftlich“ nachzuweisen. Mit einem Buch dieser Art beschäftigt sich in der „Kreuzzeitung“ der Major a. D. Curt von Gule in sehr aufgeregter Weise. Dieses — übrigens schon alte — Buch mit dem Titel „Semi-Imperator Wilhelm II.“ bemüht sich um den Nachweis, daß die unheilvolle Rolle, die die Hohenzollern im Leben des deutschen Volkes spielten, auf den jüdischen Einfluß in ihrem Blut zurückzuführen sei. Insbesondere will es die Reimten des Exaltierten aus seinem „jüdischen Wandenritzes“ erklären.
Das antimilitärische Werk gegen die Hohenzollern wird von nationalsozialistischen Buchverlegungen vertrieben. Das gibt dem königlichen Major Anlaß zu bemerken:

Wenn die jetzt so einflussreiche nationalsozialistische Partei weiterhin die Rückkehr der legitimierten Monarchie ablehnt oder ihr mindestens gleichgültig gegenübersteht, so verschüttet sie den Weg zu ihr immer mehr.

Herr von Gule preist das „echte Königtum der Hohenzollern“, um dann schmerzbelegt auszurufen:

Wie schlecht pflegen und schützen die Rechtstreife die Erinnerung an es, die wichtigste Reimelle zur bereinigtigen Wiederkehr!

Wenn selbst die Rechtstreife in ihrer Begeisterung für die Monarchie so außerordentlich gemäßig sind, so muß das seine Gründe haben. Und es hat sie ja. Denn schon hört der königliche Major im Geiste den Einwand:

Gut, wird man erwidern, meinemegen die Hohenzollern, aber Wilhelm II. . . .

Worauf der königliche Major sich selber schlagerfertig erwidert:

Selbst wenn der Kaiser unzulänglich gewesen wäre, so ist für Monarchie eine seine Ablehnung doch unstatthaft. . . .

Es ist von dem königlichen Major von Gule überaus fremdlich, daß er den Reich monarchischen — das sind schlagungsweise 99 von 100 der lebenden Deutschen — gefastet, Wilhelm II. wegen II unzulänglich sei abzuhehen. Dies scheint uns viel wichtiger als die Frage nach der tatsächlichen Herkunft. Die Entfernung des „Semi-Imperators“ aus den nationalsozialistischen Buchverlegungen wird gleich Pa. A. u. u. i. folgen — wenn er nicht zuvor als „Judenhammer“ aus der Partei ausgeschlossen wird!

Operegemeinschaft Halle-Leipzig?

Sie würde Halle keine finanziellen Vorteile, aber kulturelle und wirtschaftliche Nachteile bringen.

Einer Aufschrift vom Wirtschafts- und Verkehrsverband Halle entnehmen wir folgende beachtlichen Ausführungen:

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben das Projekt der Operegemeinschaft Leipzig-Halle als einen Plan hoher kommunalpolitischer Einigkeit bezeichnet, der es gelte, die beiden Städte zu überwinden. Sie haben der Versuchung, bei dem „ohne Unterbrechungsklammer und ohne langatmige Applikationen neue Wege und Auswege“ gesucht worden. Nach genauer Prüfung über wirtschaftlichen Folgen, die dieser Plan für Halle mit sich bringen würde, kann man nur sagen, daß damit wohl ein Ausweg für Leipzig, jedoch kein Weg für Halle erschlossen wird. Halle würde nach Ansicht des Gemeindevorstandes der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ sämtliche Ausgaben für Orchester und Ensemble einparen und außer höheren künstlerischen Leistungen noch ein beträchtliches finanzielles Plus erzielen. Diese Behauptungen sind in vollen Umfang und in allen Einzelheiten vollkommen aus der Luft gegriffen. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Folgen dieses Planes sind bisher nur andeutend worden, obwohl sie heute noch den Ausfall geben dürften.

Der Preussische Staat hat dem Lebensmüll der Stadt Halle bisher stets Rechnung getragen. Es wäre deshalb gefährlich, Maßnahmen zu fördern, die Preußen in den Gebieten bringen könnten, in Halle müsse man das Entgegenkommen nicht zu schätzen und sei nicht bereit, die Einrichtungen weiter zu fördern, die entsprechende Voraussetzungen für die Entschliebung der Regierung waren, obgleich der gesamte Kulturkreis nur ein Sechstel oder 1,7 Prozent des ganzen Haushalts ausmacht. Durch eine Operegemeinschaft mit Leipzig, die aller Voraussicht nach nicht ohne Folgen auf anderen Gebieten bleiben wird, würde der erste Stein aus dem Gefüge des kulturellen Lebens der Gemeinde herausgerissen werden, der noch dazu an einer statisch besonders wichtigen Stelle des ganzen Bauwerkes liegt.

Man mag in wirtschaftlichen Fragen der Landesplanung, des Kanalbaus, der Entmüllung und allen damit in Zusammenhang stehenden hygienischen Fragen mit einer beachtlichen Zusammenarbeit. In kulturellen Fragen bedeutet die Zusammenarbeit zweier Städte den Verzicht der selbständigen Lebensgestaltung, die sich nicht durch den Zweck aller Wirtschaften ist, sich nicht durch den Zweck aller Wirtschaften ist, sich nicht durch den Zweck aller Wirtschaften ist.

Daß es unmöglich ist, weder von fiskalischen Standpunkten aus noch von dem der höchsten Wirtschaft in ihrer Gesamtheit bei dem Opernprojekte zu erwarten, ist unmöglich zu bemerken. Den bisherigen Ausgaben für die Oper in Höhe von 291 700 M. in lauterer Rechnung und 46 000 M. für Solo-Sonatore, Verstärkerleistungen, Agentenprovisionen, Instrumenteneigenen u. dgl., also ins-

gesamt 338 000 M. für die neunmonatige Spielzeit, stehen in Zukunft 200 000 M. gegenüber, die an den Leipziger Stadtadel zu bezahlen sind. Hierbei sind die Gehälter für das technische Bühnenpersonal, für Beleuchtung und Heizung des Theaters, für die Unterhaltung des Gebäudes und andere, auch nach der Verwirklichung des Planes weiterlaufende Ausgaben nicht berücksichtigt. Da die hierdurch entstehenden Verluste betritten werden müssen, gleichgültig ob die Oper in eigener Regie weitergeführt wird oder ob Leipzig Gastspiele gibt, können sie für die Folge außer Anschlag bleiben.

Dennach scheinen 138 000 M. gefordert werden zu können. Daß diese Rechnung ein Loch hat, beweisen folgende Gründe:
1. Bei einer angenommenen täglichen Einnahme von 3 500 M. bei einem gutbesetzten Hause, würden in Zukunft nicht mehr 8500 M. an die Stadtkasse fließen, sondern nur 1700 M. plus 60 Prozent von 1800 M., mithin 2900 M. abgeführt werden. Die nach Leipzig wandernden 900 M. haben bisher ganz belegen, die Ausgaben ausgaben zu decken. Bei einer unter 1700 M. liegenden Einnahme werden sehr wahrscheinlich aus allgemeinen Mitteln Zuschüsse geleistet werden müssen.

2. Leipzig will nur dreimal in der Woche musikalische Werke aufführen. Die Statistik des Stadttheaters liefert den Nachweis dafür, daß durchschnittlich in der Woche bei 5 1/2 Aufführungen musikalische Darbietungen eine mehr oder minder große Rolle gespielt haben. Die Einnahmen beim Schauspielspiel sind allgemein erheblich geringer als die der Oper und der Operette, so daß auch aus diesem Grunde ein Verlust unvermeidlich ist.

3. Die Einnahmen aus der Vermietung des Orchesters werden in Zukunft fallen. Sie sind mit mindestens 10 000 M. zu veranschlagen und können bei einigem guten Willen in Zukunft noch erhöht werden.

4. Das Personal des Schauspieles müßte vergrößert werden, da in Zukunft mehr Schauspiel gegeben werden müßten.

5. Die Aufführung des Orchesters würde bedeuten, daß sechs Orchestermitglieder Pensionen bezahlt werden müßten und daß 25 Musiker Abfindungsansprüche in Höhe von je 2000 M. und 15 Musiker in Höhe von je 1000 M. gelohnt werden müßten. Ohne die Pensionen entstehen schon dadurch bare 65 000 M. an unproduktiven Ausgaben.

6. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, müssen auch die großen Instrumente, die nicht regelmäßig gespielt werden und Leipzig transporieren werden können und die bisher einzelnen Orchestermitgliedern abgeben, angekauft werden, wodurch weitere 10 000 M. beansprucht werden.

7. Die Stadtgemeinde müßte 26 Wochen nach der Auflösung der eigenen Oper an die Mitglieder des Bühnenpersonals und des Orchesters vier Fünftel der Rente für die ersten sechs Wochen zahlen, die Wohlhabendsten für die übrigen sechs Wochen übernehmen. Wenn wir annehmen, daß jährlich 45 000 M. dafür nötig werden, rechnen wir leicht vorwärts.

Alle diese Argumente treffen ausschließlich die fiskalische Seite der Angelegenheit.

Die schwerwiegendsten sind aber die wirtschaftlichen Folgen, die eine Operegemeinschaft für die Stadt in ihrer Gesamtheit mit sich bringen würde. Die 200 000 M., die nach Leipzig wandern, können in Halle nicht mehr umgelegt werden. Berücksichtigt man, daß allein im Durchschnitt fünfmal umgelegt werden, so ergibt sich ein Umlageverlust für die halleische Wirtschaft von mindestens einer Million Mark. Von diesem Umlageverlust werden mehr oder weniger alle Hallenser, Arbeiter und Arbeitnehmer, betroffen. Es ist überflüssig, die möglichen Verluste hier einzeln aufzuführen, weil heute jeder weiß, wie die Säuge des Betriebes der Wirtschaft einbrechen greifen.

Wenn ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt wird, so bleibt schließlich die Ruhe des Ordes übrig, aus der es kein Erwachen gibt.

Wir glauben nicht, daß sich die städtischen Körperschaften diesen Argumenten verschließen werden.

Filmzettel

Che m. b. S.

(Ritterhaus-Sitzspiele Halle.)

Man ist das nun gerade nicht, dafür aber (schon) ein große Erlebnis für zu machen, muß geherzt werden. Aber nicht den Mann, den man liebt, sondern einen Strohhalm. Dabei „Che mit beschränkter Haftung“. Es soll Mühen geben, die solche Gedächtnisse pflegen. Das Geraten aus mit einem Strohhalm, ist leicht. Schmeier ist schon, die Ehefrauen wieder los zu werden. Vielleicht geht aber auch das in der Wirtschaft (schmeier, als im Film).

Diese Worte, eines Bühnenbilders entnommen, geben einigen blendenben Komikern belle Gelegenheit, ihre Talente zu zeigen. Wenn man den Film unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, verdient man sich mit ihm und amüsiert sich vornehm. Dann verzieht man sich, daß einige recht ungemütliche Bänder darin vorzukommen. Zu begreifen, daß auch unter den Komikern einmal neue Gedanken auftauchen. Vor allem Sans Moefer als Strohhalm, einfach glänzend in seiner trodenen, etwas beidarmigen Erdenart. Dann Paul Worgan, das richtige, aufgeregte Pendant zu der aufgeschwungenen Gestaltlichkeit seines Komagagnans Georg Alexander. Schließlich entdeckt man auch noch Werner H. weiter, recht schamhaft anzusehen, man hat ihn schon ganz vergessen gehabt. Ausgesprochen auch Rosa Valenti, weniger dagegen Charlotte Sufa, die hier etwas farblos erdenet.

Es ist: Ein angenehmer Unterhaltungsfilm, an dem Symphonie herüber, daß er nämlich ein einseitiges Gesicht zeigt, und der in den Einzelheiten seine Hauptrolle besitzt. Wie immer, ergänzt den Spielplan ein Programm mit der Wochenchau. ht.



Wandern und Reisen.

Soziales Wandern in der Dübener Heide

Von einer Schiffsmühle, dem Eisenhammer und einem Köhler

Weihnachten war wieder einmal gekommen. Die Straßen der Städte waren belebt von vielen arbeitslosen Proletariern. Aber wenig von christlicher Nächstenliebe war zu spüren. Um all die Sorge, das Geld zu verdienen, um wieder neue Lebenskraft für den Daseinskampf zu sammeln, führen 12 junge Naturfreunde nach dem Sandjüngenheim „Dübener Heide“.

Donnerstag und lauchend dampfte der Zug aus der Bahnhofshalle. Stille Landschaften wechselten mit Gräben und Fabriken ab. Bald erreichten wir Bitterfeld.

Bitterfeld gleicht einem Polyp.

Die Schienenstränge sind die eisernen Fangarme der chemischen Fabriken. Hunderte, nein Tausende von Proleten werden tagtäglich von ihnen eingefangen. Ihre Kraft wird zum Wohle des international vertriebenen Kapitalismus verbraucht. Müde und gleichgültig werden sie am Schichtwechsel wieder ausgesperrt. Niemanden haben ihre schwarzen, verbeizenden Rauchschleusen achtern, Wolken von Asche, Schwefelrauch, heißendes Gas, das sind die Grube, die uns Bitterfeld entgegenruft.

Nach einer halben Stunde Aufenthalt geht es weiter bis Burgemeinig. Von hier soll unsere nächtliche Wanderung

um wenigstens den Lebensunterhalt zu verdienen, betreiben die Müller noch Landwirtschaft. Der alte Müller gerät uns, daß er genau so, wie wir in den Städten, den Kampf um das tägliche Brot führen muß. Uns trennt nichts mehr voneinander, wir alle müssen bereit sein, etwas Neues, Gerechtiges zu schaffen. Mit einem freundlichen „Guten Tag“, in dem alle Hoffnung auf eine bessere Gesellschaftsordnung verborgen lag, trennten wir uns von dem Alten.

Am Abend gestalteten wir eine kurze Feuerstunde. Wir beteten dabei nicht unter proletarisches Bewußtsein, ehe wir zu den Scherzen übergingen. — Unsere zweite Wanderung sollte dem Eisenhammer gelten. Der Schnee war schon getaut, die Straßen waren aufgeweicht, so mußten wir unseren Weg quer durch den Wald bahnen. Untermweg trugen sich allerlei lustige Dinge zu. Wir stellten uns kurz die Chronik des Eisenhammers vor. Noch vor 50 Jahren war hier, wo der Wasserfall ist, eine Schmiede. Durch den Wasserfall wurde ein Wasserhammer betrieben. Die Schmiede ist abgebrannt, sie hätte schließlich auch der Entwicklung und der Erfindung des Dampfhammers Platz machen müssen. Später wurde ein Feuerturm gebaut, das von der Naturfreunde gepachtet wurde. Danach ging der Eisenhammer in die



bis zum äußersten verlagert der Sport. Energische, entschlossene Abwehr der faschistischen Hochflut ist die Forderung des Tages. Stärke die Abwehrfront — tritt der Sozialdemokratie bei!

Unsere Auskunft

(Unter dieser Rubrik werden von der Naturfreunde-Ortsgruppe Halle-Süd auf Anfrage Reiseauskünfte und Wanderwünsche gegeben. Zuschriften an die Redaktion erbeten.)

Frage: Wir haben die Mühe, ihrer zwei eine kreisnützliche Bootstour mit einem fünf Meter langen Holzpaddelboot vom Halle über Magdeburg durch die Sand nach Ballin über die Spree bis Witten bei Bautzen und von dort mit Bahn nach Gohlftein, von hier aus abwärts bis zur Saale zu unternehmen. — Eine andere Tour war gedacht von Halle nach Hamburg hin und zurück.

Antworten:

Bootsfahrt: Havelsee — Spreemald.

Fahrzeiten: Halle — Magdeburg 2 Tage; Magdeburg — Plauer Kanal — Brandenburg — Potsdam 4 Tage; Potsdam — Berlin — Rübben 3 Tage; Rübben — Spreemald — Kottbus 4 Tage; Kottbus — Spremberg 1 Tag; Gügüt-Transport des Bootes nach Dresden 1 Tag; Dresden — Saalemündung 3 Tage; Saalemündung — Halle 4 Tage.

Kosten: Transport des Bootes von Spremberg bis Dresden 5 Mk.; Fahrgeld pro Person 4 Mk.; Selbstverpflegung (3 Wochen) pro Person 30 Mk.; Schleunengel uf. pro Boot 2 Mk.

Diese Bootsfahrt ist, da die Tour den größten Teil stromaufwärts unternehmen wird, ziemlich anstrengend. Die Fahrt über die Havel- und Spreeflüsse ist sehr lohnend, jedoch ist die Durchquerung der Berliner Kanäle im Stadtgebiet nicht interessant. Den Höhepunkt dieser Fahrt dürfte der Spreemald bedeuten, der in seiner stillen Schönheit in Deutschland nicht noch einmal zu finden ist. Der Bootstransport mußte von Spremberg aus möglichst als Gügüt erfolgen, da sonst damit zu rechnen ist, daß derselbe drei bis vier Tage in Anspruch nimmt. Ueber diesen Punkt müßte bei Expedition des Bootes in Spremberg die Gütverladung nach besprochen werden. Von Dresden bis zur Saalemündung hat man unbehinderte Fahrt. Saaleaufwärts ist es oft möglich, nach Halle folgende Dampfer kostenlos zum Schleppen zu benutzen. Die oben angegebenen Reisetage und Kosten sind nur ungefähre Angaben und richten sich jeweils nach Kräften und Ansprüchen der Wasserwanderer.

Zeltzweigen wird in verschiedenen Forsten verlangt, man kommt aber auch ohne Zelt aus, wenn man darauf hinweist, daß man nur eine Nacht an der betreffenden Stelle verbringen will und außerdem fremd und ohne Ortskenntnis ist.

Bootsfahrt: Halle — Hamburg — Halle.

Fahrzeiten: Halle — Hamburg 7 Tage; Hamburg — Halle 14 Tage.

Kosten: Selbstverpflegung (3 Wochen) pro Person 30 Mk.; Schleunengel uf. pro Boot 2 Mk.

Die Saale-Elbe-Fahrt ist jedem, der dieselbe noch nicht unternehmen hat sehr zu empfehlen. Die Kosten sind niedrig, da nur die Saalestrecken benutzt werden, die Elbe hat bekanntlich keine Staustufen auf dieser Strecke. Die einzige Schwierigkeit besteht für den Anfänger in der Elbefischerei. Es ist darauf zu achten, daß man nicht zu dicht an die Dampfer und Schleppfähre heranfährt, da oft sehr beachtliche Wellen dem Boot entgegenrollen. Das Gleiche gilt für den Dampferhafen. Zur Ausführung des Bootes gehört unbedingt eine gut funktionierende und sich leicht öffnende Sperrbremse, ein nachschickter Bodenbrett, ein Zelt mit wasserdichter Bodenbede, Kochapparat und für jeden Fahrer wasserdichte Bekleidung.

Für das Wasserwandern im allgemeinen ist es notwendig, daß jeder schwimmen kann.

Bei der Rückfahrt ist es vielfach möglich, nach der Saale fahrende Schleppfähre zu benutzen, wodurch viel Zeit gespart werden kann. Das Anhängen darf natürlich nur bei Genehmigung des Schiffers und immer nur von hinten an den letzten Kahn erfolgen, da man sonst leicht Gelegenheiten hat, den Schleppzug „von unten“ zu betreiben.

Die Ufer der Saale und Elbe bieten überall sehr gut Befestigungsmöglichkeiten. Man ist, wenn man ein dichtes Zelt hat, nie auf Benutzung von Gasthäusern angewiesen.



Was es bei uns dieses Jahr wahrscheinlich nicht mehr gibt: Eine Winterlandschaft.

(Partie aus den bayerischen Alpen bei Garmisch-Partenkirchen.)

beginnen. Durch eine alte abgebrannte Fabrik, die uns wieder an das Los des Proletariats erinnern läßt, geht es hinaus ins Freie, in den winterlich herrlichen Wald. In munterer Stimmung marschieren wir in 3/4 Stunden nach Dübene.

Vom Sandjüngenheim führte unsere erste Fahrt nach einer alten Schiffsmühle bei Dübene. Untermweg wurde eine halbtägige Jugendgruppe mit einer Schneeballschlacht empfangen. An der Schiffsmühle wurde gerade eine Reparatur vorgenommen, die Wasserräder wurden erneuert. Der Müller, ein 60 Jahre alter Mann, war freundlich gegen uns und erklärte uns seinen Betrieb. Der Antrieb der Mühle wird auf eine recht primitive Art hergestellt. Die Kraft des Wassers wird durch Holzröhren auf Holzlagern auf die Mühlsteine übertragen. Der Antrieb befindet sich auf einem Schiff, die Mühle selbst auf dem Lande. In der Mühle sah es nicht so primitiv aus, dort wurde schon mit einem Elevator gearbeitet. Die moderne Technik hat auch den Wind- und Schiffsmüllern schon zum Teil Arbeit und Brot genommen. Große Kaffeebohnen kommen aus der Stadt und holen das Getreide vom Bauer in die Motormühlen der Stadt. Hier wird das Getreide schneller und billiger mahlen. Früher hatte jeder Müller seinen Gesellen und einen Lehrling, doch

heute reicht die Arbeit kaum für einen Mann.

Verwaltung der Allgemeinen Deutschen Gesellschaft für Ferien- und Erholungsbeime, Sitz Jena, über. D. Red.)

Am dritten Tag war die Zeit bis zum Abmarsch jedem einzelnen freigestellt. Einige spielten Fußball, andere machten einen Spaziergang. Gleich nach dem Mittagessen hieß es einen Feiertag zu feiern, froh und heiter ging's nun dem Abgangsbühnen zu. Untermweg besuchten wir noch einen Köhler. Er war gerade dabei, dem Meiler neues Feuerwerk zuzuführen. Wir erkundigten uns nach dem Aufbau und der Brennauer eines Meilers. Der alte Köhler erklärte uns, zum Aufbau eines Meilers benötigen er und vier Arbeiter einen vollen Tag. Am zweiten Tag wird der Meiler angefeuert, nun muß er vier Tage brennen. Doch stets muß eine Wache dabei sein, damit der Meiler nicht ausgeht. Wenn der Meiler durchgebrannt ist, wird er abgeworfen und die Holzstößen werden gelöscht. Nun sind die Holzstößen fertig zum Verladen.

Für die ganze Arbeit an solch einem Meiler gibt es 15 Mk.

Wir verabschiedeten uns von dem Köhler und fuhren wieder nach Daula in die Großhütte mit ihrem eintönigen Grau der Arbeitslosigkeit. Wir haben uns auf unserer Fahrt nicht nur ausgetollt, sondern haben auch neues Wissen mit nach Hause genommen.

Naturfreundejugend Halle-Süd.

Neues Naturfreundehaus in Garmisch-Partenkirchen

Zu den schönsten deutschen Landschaftsgebieten gehört unbestritten das Wettersteingebirge mit seiner gewaltigen Bergwelt. Jeder Wanderer trägt den Wunsch in sich, dieses wundervolle Gebiet auch einmal zu schauen, und viele Wanderer aus den weitläufigen Kreisen wählen sich deshalb Garmisch-Partenkirchen als Urlaubsort und als Ausgangspunkt für Bergwanderungen in das Wettersteingebirge. Es war seit langem als Mangel empfunden worden, daß die Naturfreunde an diesem wichtigen Ausgangspunkt noch kein eigenes Haus besitzen. Dem ist nun abgeholfen worden durch die Schaffung des Naturfreunde-Erholungsheimes „Edelweiß“ in Garmisch durch die Reichsleitung der deutschen Naturfreunde-Reichsgruppe. Das neue Haus ist bestens eingerichtet, mit einer Anzahl Zimmer, elektrischem Licht, Zentralheizung und sonstigen Bequemlichkeiten versehen, ganzjährig bewirtschaftet und bildet auch zur Ausübung des Wintertourismus eine angenehme und billige Unterkunft. Anfragen sind zu richten an: Naturfreunde-

Erholungsheim „Edelweiß“, Garmisch-Partenkirchen, Martinswinkelstraße 17.



Brauns Ehrenmitel: Landarbeiter-Minister!

Am 28. Januar feiert der preussische Ministerpräsident Otto Braun seinen 60. Geburtstag. Mehrere neue Bücher bemühen sich, ein Lebensbild des Staatsmannes zu geben: Hans Stieffens veröffentlicht eine Braun-Biographie im Hiltforth-Pöhlhagen-Verlag; Erich Kuttner im Verlag B. Müller; Georg Spangier im Universitäts-Verlag. Als Otto Braun, dem Vizepräsident von einst, im Jahre 1918 das Ministerium für Landwirtschaft zugewiesen wurde, konnte er die Seine seiner früheren Arbeit praktisch nicht verlassen. Die Befehlsbefugnis über die Landwirtschaft übernahm er durch die Ernennung zum Reichsminister für Landwirtschaft. Otto Braun antwortete: „Wenn man die Landwirtschaft Preußens allein mit den Interessen des städtischen Großgrundbesitzes kurzlich identifiziert, dann allerdings, aber nur dann, bis ich ein Minister gegen die Landwirtschaft. Das Ehrenmitel „Landarbeiter-Minister“ nehme ich gern an. Wir bringen im folgenden einen Abschnitt aus dem Buch von Kuttner, in dem Otto Brauns Leben und Wirken sehr vollständig dargestellt wird. In dem Abschnitt wird geschildert, wie Otto Braun die deutsche Landarbeiterbewegung leitete:

Otto Braun war einer der ersten, die die Bedeutung der Landarbeit für die Arbeiterbewegung erkannte. Aus seiner praktischen Tätigkeit heraus kam er zu diesem Problem. Die Sozialdemokratie pflegte bei Reichstagswahlen zwar auch in den ländlichen Wahlkreisen Kandidaturen aufzustellen, aber es waren reine Zahlbanden. Immerhin hatte der Kandidat die Pflicht, seinen Wahlkreis zu „bearbeiten“. Hierbei war nichts schwerer, als den Fehler der Gütsbesitzer zu überwinden. Verfammlungen im Freien waren damals gesetzlich noch nicht erlaubt, und wehe dem Gastwirt, der seinen Saal an die Sozialdemokratie zur Verfügung zu geben gab!

Wenn Otto Braun vor dem Reize in den Reichstag nicht gelangt ist, so hat die ländliche Agitation doch zu seiner Entwicklung in entscheidender Weise beigetragen, da sie ihm ein neues Tätigkeitsfeld eröffnete. Die Agitation mußte sich in diesen Kreisen an die Landarbeiter wenden. Politisch, wirtschaftlich und rechtlich führte der Landarbeiter ein noch gedrückteres Dasein als in der Industrie. Sein Lebensstandard war der niedrigste in der ganzen Welt, seine Bezahlung war oftmals schlechter als die des Bauers, in rechtlicher Beziehung unterstand er der Landarbeiterordnung von 1854, in der sich noch ein Stück Feudalismus aus dem Mittelalter in die Neuzeit fortgepflanzt hatte. Seiner Stellung nach war der Landarbeiter in viel höherem Maße für die Sozialdemokratie prädestiniert als der Kleinbauern und Häusler, in denen immer noch ein Stück Besitzbürger lebendig ist.

Wer was hätte es schon, wenn ab und zu ein Agitator sich aus dem Dorf entfernte und in irgendeiner Scheune eine Versammlung abhielt? Damit konnte man unmittelbar vor der Wahl Stimmen werden, aber der Impuls reichte nicht lange vor, solange den Landarbeitern fehlte, was den Industriearbeitern ihr Rückgrat gab: die feste Organisation.

Otto Braun war einer der ersten, die dies erkannten, und er setzte, der den Entschluß faßte, diesen Mangel auszugleichen. Er ist der Begründer der sozialistischen Landarbeiterorganisation geworden. So schwerlich man auch sonst den Wert der seitigen und wirtschaftlichen Möglichkeiten des Sozialdemokraten vom Großgrundbesitzer empfand, so hielt man doch eine Veränderung dieses Zustandes bei der bestehenden Reichsfolge für unmöglich. Landarbeiter organisieren, das hieß Wasser im Sieb forttragen! Als Otto Braun sein Unternehmen begann, bekam er oft genug zu hören, daß er „ein Stück aus dem Tollhaus“ liefere. Das ist übrigens meist so, wenn einer sich auf ein neues Gebiet begibt.

Es entsprach dem Wesen dieses nüchternen, real eingestellten Mannes, daß er für sein neues Unternehmen nicht nur die Idee, sondern einen zum Erfolg führenden Weg fand. Zunächst wurden bei der Agitation die Dörfer von Landarbeitern gemeldet. Turf auf diesen Wege konnte man den Landarbeitern Stimmzettel zur Wahl verschaffen. Fröhliche Stimmzettel wie heute gab es damals nicht. Jede Karte mußte im Stimmzettel selber verpackt sein. Die Wahl-Dörfer aber wurde der sozialdemokratische Stimmzettelverteiler sehr leicht heringelassen bzw. mit Kleinwägen und Hundchen hinausgeführt. So blieb denn nichts übrig, als dem einzelnen Wähler per Post seinen Stimmzettel zu überreichen.

Das so genannte Adressenmaterial ließ Braun sorgfältig ausbauen, um hierauf eine Zeitschrift für die Landarbeiter, den „Landboten“, zu gründen. Da niemand sonst zu der Sache Zutrauen hatte, nahm Braun die Herausgabe dieser Zeitschrift auf seine eigene Kasse. Es war schwer genug, eine Druckerei zu finden, die wenigstens die erste Nummer auf Kredit herstellte. Sie ging als Probeunternehmen an alle gemeldeten Adressen mit der Aufforderung, brieflich Freigabe in Briefmarken als Abonnementsgeld für das erste Quartale einzufordern. Es meinten sich an dem ersten Schlag 1800 Abonnenten. Damit war der Bestand des „Landboten“ gesichert.

Aus dem „Landboten“ und dem Landboten hat sich dann die gemeinnützige Landarbeiterorganisation, der Deutsche Landarbeiterverband, entwickelt. Auch bei dieser Gründung ist Braun führend gewesen, sie geht größtenteils auf eine von ihm verfaßte Denkschrift zurück. Das Hauptbedenken gegen die Gründung des Verbandes beruhte darauf, daß die Landarbeiter damals kein Streikrecht besäßen. Der ländliche Kontraktbruch und die Aufzögerung dazu war nach dem preussischen Gesetz von 1854 strafbar. Braun aber wies nach, daß dies nicht gegen eine Organisation der Landarbeiter als solche spräche. Immer wieder betonte er auf Versammlungen und anderwärts, daß es, wenn man den Landarbeiter beunruhigen wollte, nicht an der Gründung einer Organisation nicht ginge. Die Entwicklung ging ihm recht.

Der Landarbeiterverband wuchs bald zu einem großen und selbständigen Organisationsgebilde mit eigenem Verwaltungssystem. Für Brauns politische Entwicklung aber ist diese Periode von farstem innerem Einfluß geblieben: sie brachte ihn in Beziehung nicht nur zu den Landarbeitern, sondern zu den gesamten Agrarfragen. Wie wir das Wesen dieses Mannes bisher begriffen haben, ist es fast selbstverständlich, daß für ihn die Frage der Landarbeiterschaft eine gatorische bleibe konnte. Braun wurde auf diesem Wege nicht nur einer der besten Kenner landwirtschaftlicher Probleme in der Sozialdemokratie, sondern auch der erste sozialdemokratische Landwirtschaftsminister.

Man findet dabei eine innere Befreiung. Offenbar ist Braun von einer inneren Erleuchtung in deren Unterbewußtsein noch sehr weit von der ursprünglich ländlichen Zukunft verbunden. Im Jahr 1917 bel ihm wenig von Lebensglück, von der Persepolis und Hoffen des heutigen Großstädters. Seit seiner mochten Gestalt, seinem breiten sprechenden Dialekt, seinem breiten, farstlichen Humor und seiner Freude an einer gemäßigten Ausübung der Jagd konnte man Otto Braun ganz gut für einen kultivierten Gutsbesitzer aus dem Osten halten. Doch kommt es auch, daß man niemals bei

Otto Braun, wenn er über Landarbeiterschaften redet, den Eindruck hat, was versteht denn dieser Städter davon?

Seine Stellung zur Agrarfrage ist dabei stark von seinem Verhältnis zur Landarbeiterschaft bedingt. Die Zerstückelung des gesamten Großgrundbesitzes in Bauerngütern, wie radikale Bodenreformer sie verlangen, lehnt er ab. Sie würde nur eine technisch überlegene Betriebsform vernichten, entwicklungs- und leistungsfähige Vermögensgegenstände schaffen und einen Teil der Landarbeiterschaft zur Abwanderung in die Städte zwingen. Ihm steht als Ziel die Erhaltung der ländlichen Großbetriebsform, aber ihre Überführung aus den Händen oft verschwendend wirtschaftender Feudalherren in die Hände von Agrarern. Als Landwirtschaftsminister hat Braun später die Siedlungsverträge des Professors Oppenheimer mit warmer Anteilnahme unterstützt, die in der Genossenschaftslehre eine Verbindung zwischen landwirtschaftlichem Großbetrieb und Individualbesitz des einzelnen erstrebt (Charakteristikum der heutigen Zeit: dies Verhalten hat Braun die plumpen Angriffe einer antisemitischen Hebrajaphäre eingetragen.)

Berühmt hat Braun in der Fortschrittlichkeit seiner Landarbeiterorganisation nichts weiter gehabt, als eine linnene Straupe, Arbeit und — Strafen! Zah ein sozialdemokratischer Führer in der Fortschrittlichkeit ein längeres Strafreizergie anlangte, war eine Unermesslichkeit, mit der man sich auf land Seine erste größere Strafe erhielt er wegen Majestätsbeleidigung. Er hatte das bedrückte Kaiserort, monach die Soldaten im Falle einer Revolution „auf Vater und Mutter schießen“ sollen. In einer Vernehmung mit den Worten geäußert: „Was einem Sohne summt, auf die eigene Brust zu schießen, mußte ein trüber Patron sein.“ Eine solche Kritik der allerhöchsten Person kostete damals am Monate August. Ihre volle Berechtigung war juristisch bedeutungslos, heututage kann jeder Schimpf über einen republikanischen Minister gänzlich unberechtigt der gemeinfachen Handlungen beschieden, ohne meist mehr als geringe Geldstrafen zu riskieren, falls er nicht gar aus letztem formalen Gründen gänzlich freigesprochen wird. Insgesamt hat es Braun auf neun Strafen, darunter zwei Gefängnisstrafen, gebracht.

Ausgleich für Rentenabbau

Beachtliche Hinweise für sozialversicherte Kriegsoopfer

Martha Märlein, Brandenburg, Gauleiter des Reichsbundes der Kriegsoopfer, schreibt aus: Nach den gemeinsamen Vorschriften der Renteordnung, 2. Teil, Kapitel 4, fallen für die Kriegsoopfer Einkünfte aus der Sozialversicherung für viele Kriegsoopfer hinweg. Sieh gegen diese Verluste zu schützen, bestehen keine oder nur geringe Möglichkeiten. Ein Ausgleich kann vielleicht bei den Kriegsermalen geschaffen werden, wenn für das in Frage kommende Einkünfte aus irgendwelchen Quellen zur Verfügung fanden, die zusammen mit dem Rinderzuschlag oder der Zulage aus der Sozialversicherung die Einkommensgrenze für die Gewährung der Zulage nach dem Reichsversicherungsrecht überschreiten haben. Wenn diese Grenze nun durch fortfall der Sozialrenten unter schritten wird, besteht die Möglichkeit, den Ausfall durch Betragung der Zulage renten auszugleichen oder zu mildern.

Anders ist es aber bei den Kriegsermalen, die in Berufsausbildung stehen. Hier fällt zwar die Rente aus der Sozialversicherung weg. Dafür kann aber sofort die Auszahlung der entsprechenden höheren Erziehungsbeiträge beantragt werden, so daß der Verlust in vielen Fällen vollständig ausgeglichen werden kann. Wo das nicht der Fall ist, wird zu prüfen sein, ob nicht daneben noch die Zulage oder eine höhere Zulage zu erlangen ist, wenn sie nicht bereits ganz oder teilweise gemährt wurde.

Das Reichsarbeitsministerium hat bereits Anweisungen erteilt, daß diesen Anträgen im Rahmen der sonstigen Bestimmungen zu entsprechen ist, wenn das Einkommen der Kinder zur Durchführung der Berufsausbildung nicht ausreicht und die unterhaltspflichtigen Angehörigen oder die Ehepartner nicht in der Lage sind, die fehlenden Mittel aufzubringen.

Bei den Kriegsoopfern mit einer hohen Erwerbsminderung werden in der Regel die gesamten Bezüge aus der Sozialversicherung in Wegfall kommen. Wenn aber durch diesen Wegfall die Einkommensgrenze für die Gewährung der Zulage nicht mehr überschritten ist, so sind auch hier die Voraussetzungen für die Ge-

währung oder Erhöhung einer Zulage erfüllt. Hier muß dann die Gewährung oder Erhöhung der Zulage beantragt werden. Bei den Kriegsermalen wird es leider in vielen Fällen nicht möglich sein, einen Ausweg zu schaffen. Hier treten Verluste an Einkünften je nach der Höhe der Drastfälle im Betrage von 2 bis 8 Mark bei Witwen ohne Ausgleichsrente, von 11,45 bis 20,25 Mark bei Witwen mit einfacher Ausgleichsrente ein. Eine Milderung des Verlustes wird sich nur in den Fällen ermitteln lassen, in denen außer der Rente aus der Sozialversicherung weitere Einnahmen vorhanden waren und deshalb die Zulage nicht oder nicht in voller Höhe gezahlt wurde. Wo nun durch den Wegfall eines Teils der Rente aus der Sozialversicherung die Einkommensgrenzen für die Gewährung der Zulage nicht mehr erreicht werden, sind zur Vermeidung von wirtschaftlichen Verlusten die Zulagenanträge sofort an die Fürsorgestelle zu richten; in Frage kommen hier meistens Witwen, die bisher Bezüge aus der Angestelltenversicherung erhalten haben.

Besonders ist noch darauf hingewiesen, daß nach dem klaren Wortlaut der Renteordnung die Träger der Reichsversicherung die Rentenerberechtigten in der Auszahlung der Rente den Rentenberechtigten mitzugeben haben und daß sie erst mit Ablauf des Rentenmonats eintritt, in dem die Mitteilung erfolgt. Solange also dem Rentenberechtigten eine Nachricht der Versicherungsanstalt oder der Berufsgenossenschaft nicht zugegangen ist, solange muß die Rente aus der Sozialversicherung in der alten Höhe weitergezahlt werden.

Unter Beachtung dieser kurzen Hinweise und unter Zuhilfenahme der Geschäftsführer des Reichsbundes der Kriegsoopferfähigen, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen wird es diesen Kriegsoopfern möglich sein, einen beträchtlichen Rest ihrer bisherigen Renteneinkünfte zu retten und sich vor manchen harten Auswirkungen der letzten Renteordnung einigermassen zu schützen.

Der Aufbruch

Massenveranstaltungen im Reich

Dresden, 27. Januar. (Eigenbericht.)

In zwei von Tausenden besuchten und überfüllten Versammlungen sprach hier am Dienstagabend das Mitglied der französischen Kammer Genosse Paul Faure. Sundry, die seinen Einlass mehr finden konnten, hörten die Rede auf einem freien Platz durch Lautsprecher. Paul Faure führte u. a. aus, daß die französischen Sozialisten für die ungeheure Not des deutschen Volkes durchaus Verständnis hätten und ebenso für die Unmöglichkeit, weiterhin hohe Summen auf Grund eines absurden Vertrages zu bezahlen. Er freute sich darüber, daß die französischen und deutschen Sozialisten sich in Köln über die Streichung der Reparationen und interalliierten Schulden geeinigt hätten. Seit zwei Jahren versicherte die französische sozialistische Partei bei allen Wahlen große Erfolge, so daß die gegenwärtig in Frankreich herrschende nationale Einheitsfront sehr beunruhigt sei und die sich für April vorgelegenen französischen Kammervorlagen bis nach den preussischen Wahlen verschoben wolle. Die französische Reaktion hoffe, daß die Freuenwahlen neue Erfolge der Nazis bringen würden und daß sie daraus Nutzen ziehen könne. Er, Faure, glaube aber, daß die Hoffnung der französischen Reaktionäre sich als trügerisch erweisen würde.

Faure schloß mit den Worten: „Wir haben ein gemeinsames Vaterland, in dem die Menschheit ein Leben führen kann in Sonne und Licht.“

Rüstungsfabriken finanzieren Nazis

Dresden, 27. Januar. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Abgeordnete der französischen Kammer Paul Faure teilte in Dresden in einer öffentlichen Versammlung u. a. folgendes mit:

Das französische bürgerliche Blatt „Journal“ habe unter dem Geldgebern der deutschen Nazis auch die französischen Stoba-Werke genannt, deren Alleinbesitzer dem französischen Munitionsfabrikanten Schneider-Creusot gehört. Auf eine Anfrage in der Deffentlichkeit habe er zwar keine Antwort, aber den Besuch eines Direktors von Schneider bekommen, der erklärt habe, nicht die Stoba-Werke selbst, sondern die deutschen Direktoren der Stoba-Werke seien als Geldgeber des deutschen Faschismus bekannt. Faure fügte hinzu, wenn Schneiders Frage stelle die deutschen Kriegsheeren Geld gäben, so würden sie genau, daß ihr Ober nicht's dagegen habe.

Raumgummiabrikant Wrigley gestorben

New York, 27. Januar. (Eigenbericht.)

Der weltbekannte amerikanische Raumgummiabrikant William Wrigley ist in Phoenix (Arizona) im Alter von 71 Jahren gestorben. Wrigleys Vermögen wird auf 35 Millionen Dollar geschätzt. Auf die Nachricht von dem Tode des Gründers der Wrigley-Gesellschaft fielen die Aktien je Stück um fünf Dollar.

Personenzug rasst gegen Autobus

Zahlreiche Tote und Schwerverletzte

Butaceh, 27. Januar. (Eigenbericht.)

Auf der Bahnstrecke Balasat-Butaceh ereignete sich ein furchtbares Eisenbahnunglück. Ein Personenzug erlitt bei einem Bahnübergang einen mit 20 Personen besetzten Autobus und schloß ihn über 100 Meter mit. Von den Insassen wurden vier auf der Stelle getötet, die übrigen wurden schwer verletzt. Die meisten liegen in hoffnungslosem Zustand danteiler.

Urteile im Moskauer Eisenbahnerprozess

Riga, 27. Januar. (Eigenbericht.)

In dem Moskauer Eisenbahner-Prozess wurden Gefängnisstrafen zwischen 10 Jahren und einem Jahr verhängt. Als Ursache des großen Eisenbahnunglücks bei Moskau bezeichnete das Gericht Verletzung der Disziplin durch die Angeklagten.

Die Steinkohlenförderung

wird für das Jahr 1931 mit 118,62 Millionen Tonnen angegeben gegenüber 142,70 Millionen Tonnen im Jahre 1930 und 140,75 Millionen im Jahre 1913, die Braunkohlenförderung mit 133,22 Millionen Tonnen gegenüber 146,01 bzw. 87,22 Millionen und die Kohlenförderung mit 22,7 Millionen Tonnen gegenüber 36,99 Millionen bzw. 31,66 Millionen. Bei der Steinkohle ergibt sich gegen 1930 ein Rückgang von 17 Proz., beim Rohs 30,5 Proz. und bei der Braunkohle von 8,6 Proz.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 27. Januar

Reichsroggen versagt

An der Berliner Getreidebörse konnten am Mittwoch erstmalig wieder getriggerte Roggenabgaben aus den im Reich der Roggenproduktion. Die Lieferungen bedürftig werden. Da morgen die Verhandlungen mit den Berliner Weizenmehlmüllern über den Preis der Roggenmehlmüllern, ist angenommen, daß der Roggen in einem Preis auf den Roggenpreis sinken wird. Ein solcher Preis ist jedoch nur im handelsrechtlichen Verkehrsgeschäft durchzuführen, wo die Roggenmehlmüllern gegenüber den Roggenmehlmüllern ist. Ein solcher Preis ist jedoch nur im handelsrechtlichen Verkehrsgeschäft durchzuführen, wo die Roggenmehlmüllern gegenüber den Roggenmehlmüllern ist. Ein solcher Preis ist jedoch nur im handelsrechtlichen Verkehrsgeschäft durchzuführen, wo die Roggenmehlmüllern gegenüber den Roggenmehlmüllern ist.

26. Januar		27. Januar	
(ab märkische Station in Mark)			
Weizen	237-234	234-231	234-231
Roggen	197-193	197-193	197-193
Getreide	188-183	188-183	188-183
Butter- und Anbuttergerste	153-152	153-152	153-152
Safer	138-147	138-147	138-147
Safermehl	28,00-31,75	28,00-31,75	28,00-31,75
Roggenmehl	27,25-29,50	27,25-29,50	27,25-29,50
Sojabohnen	9,00-10,00	9,00-10,00	9,00-10,00
Roggenstroh	9,00-10,00	9,00-10,00	9,00-10,00

